:antifaschistische nachrichten

Nr. 10

g 3336 15.5.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 ¤

www.antifaschistische-nachrichten.de



Haverbeck im Rhein-Erft-Kreis

RHEIN-ERFT-KREIS. Am Samstag, den 17. Mai, will Ursula Haverbeck im Rahmen eines „Zeitzeugenvortrags“ an einem bislang unbekannten Ort im Rhein-Erft-Kreis auftreten. Die 1928 geborene Haverbeck war während des NS-Regimes Führerin einer Jungmädelschaft. Später war sie Funktionärin des neofaschistischen „Weltbund zum Schutze des Lebens“ (WSL). Haverbeck trat bei diversen extrem rechten Gruppen und Parteien als Rednerin auf. Im Rahmen ihres Vortrags im Rhein-Erft-Kreis will sie auch über das Leben ihres verstorbenen Mannes, Werner Georg Haverbeck, berichten. Dieser war während des NS-Regimes Leiter der „Reichsmittelstelle für Volkstumsarbeit der NSDAP“ und Leiter des Amtes „Volkstum und Heimat“ des KDF („Kraft durch Freude“). Die Veranstaltung, die um 18.15 Uhr beginnen soll, wird auf einschlägigen Internetseiten der Neonaziszene beworben . *hma* ■

‚Freies Netz Süd‘ eingestellt

Die Internetseite „Freies Netz Süd“ hat Ende April ihre Einstellung bekannt gegeben. Angeblich sei es zunehmend schwerer geworden, Artikelschreiber zu finden, und es klaffe daher „eine nicht mehr zu schließende redaktionelle Lücke“. „Nachdem man einem Verbot zuvorgekommen ist, freue ich mich bald unter anderem Namen was von euch zu lesen“, schreibt ein Kommentator auf der einschlägig rechten Internetseite „Altermedia“ zu dieser Meldung. Und: Der „Nationale Widerstand“ sei „eine Hydra“ *hma* ■

Breiter Protest gegen rechte Aufmärsche in Duisburg

Am 1. Mai sind etwa 1000 AntifaschistInnen dem Aufruf des Bündnisses „Duisburg stellt sich quer“ gefolgt, um die Aufmärsche von NPD und Pro NRW zu verhindern.

In den letzten Monaten hatten diese faschistischen bzw. rechtsradikalen Organisationen immer wieder die in großen Teilen rassistisch aufgeladene Stimmung in Duisburg genutzt, um hier auf Stimmenfang zu gehen. Angesichts der Wahlerfolge der Rechten bei der Bundestagswahl steht zu befürchten, dass ihnen auch der Einzug in den Duisburger Stadtrat gelingen könnte. Jürgen Aust, Sprecher des Duisburger Netzwerk gegen Rechts, dazu: „ Sie sind aber letztlich nur die Spitze des Eisbergs. Wenn man sich die Äußerungen des amtierenden Oberbürgermeisters Sören Link und auch vieler anderer politisch Verantwortlicher dazu in Erinnerung ruft, in denen Zuwanderer unter Generalverdacht gestellt werden, dann zeigt dies eine Besorgnis erregende Entwicklung für Duisburg. Die aus Rumänien und Bulgarien zugewanderten Menschen stehen angeblich im Zusammenhang mit steigenden Straftaten und einem scheinbar unermesslichem Müllproblem in Duisburg. Das aktuelle Wahlplakat der CDU, die eine Fotografie vom sog. „Problemhaus“ in Duisburg-Rheinhausen benutzt, um zu deklarieren, dass Duisburg auch anders könne, stellt eine weitere Spielart rassistischer Demagogie dar.“

Während der Vormittagsstunden ist es den GegendemonstrantInnen immer wieder gelungen, durch lautstarke Gegenaktionen den Marsch der NPD, die lediglich ca. 100 TeilnehmerInnen mobilisieren konnte, zu stören. Als dann am Abend die rechte Splitterpartei PRO NRW eintraf, die mit etwa 75 rechten Gesinnungsgenossen angereist waren, gelang es durch die entschlossenen und lautstarken Proteste der anwesenden ca. 300 AntifaschistInnen zu verhindern, dass die rechte Hetze akustisch überhaupt wahrgenommen werden konnte.

Zeitgleich feierte der DGB im Landschaftspark Nord sein traditionelles Familienfest anlässlich des Tages der Arbeit. Zum wiederholten Mal hatte der DGB sich nicht dazu entschließen können, zu geeigneten Gegenprotesten gegen die immer häufiger werdenden Naziaufmärsche aufzurufen. Jürgen Aust dazu: „Es ist aus unserer Sicht ein bedenkliches Zeichen, dass der DGB in Anbetracht des deutlich erstarkenden Rassismus in unserer Stadt offenbar keine Veranlassung sieht, hier eine klare antifaschistische Haltung zu beziehen.“

Thomas Zmrzly, ebenfalls Sprecher des Netzwerks, abschließend: „Wir werten die gestrigen Aktionen durchaus als Erfolg, warnen jedoch davor, jetzt die Arbeit ruhen zu lassen. Es ist von hoher Wichtigkeit, auch jenseits der Blockadebündnisse die antirassistische Arbeit weiter zu führen. Aktuell gilt es, die Hetze gegen Roma in Duisburg zu stoppen und politisch gleiche Rechte für die Roma zu fordern.“

Duisburger Netzwerk gegen Rechts, 4.5.2014 ■

Faksimiles aus Leipzig

LEIPZIG. Der neugegründete Leipziger Verlag „Der Schelm“ bietet einen Nachdruck des Buches „Der internationale Jude“ des amerikanischen Industriellen Henry Ford (1863-1947) an. Der Nachdruck des antisemitischen Buches basiert auf der 33. Auflage des 1937 im Leipziger „Hammer-Verlag“ erschienenen Buches von Ford. Mit dem Nachdruck will der Verlag „Der Schelm“ die Herausgabe einer Buchreihe mit „besonders bemerkenswerten Publikationen vorkonstitutionellen Schrifttums“ eröffnen. Dabei wolle man „ausschließlich bewertungsfrei über historische Vorgänge“ berichten und lege „Wert auf die Feststellung, daß wir mit den abgedruckten Äußerungen nicht gemein gehen“, heißt es in der Verlagsankündigung.

Inhaber des Leipziger Verlages ist Adrian Preißinger. Dieser war Chefredakteur der extrem rechten Zeitschrift „Nation“ und zeitweise Autor für die „Deutsche Stimme“ der NPD. Ende 2002 wurde Preißinger wegen Volksverhetzung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. *hma* ■

„Demo für alle“ am 28. Juni

STUTTGART. Am 28. Juni soll in Stuttgart erneut eine „Demo für alle“ unter dem Motto „Ehe und Familie VOR – Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder!“ stattfinden. Zugleich distanzieren sich die Organisatoren dieser Veranstaltung von der Gruppe „Besorgte Eltern Bayern“. Diese kooperiere u.a. mit der extrem rechten „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) und gehöre nicht dem Aktionsbündnis „Demo für alle“ an, heißt es dort. *hma*

Keine Räume für Nazis

Berlin-Schönweide ist seit Jahren als Nazihochburg bekannt. Jahrelang waren die Kneipe „Zum Henker“ und der Laden „Hexogen“ wichtige regionale Treffpunkte für Nazis. Das Infoblatt „Die Braune Straße von Berlin“ hat die Gefahr von Nazistrukturen in Schöneweide offengelegt. Den zwei Eckpunkten der Berliner Naziszene wurde vor einigen Wochen endlich der Mietvertrag gekündigt. Allerdings wohnen noch immer etliche Nazis in dem Bezirk.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin hat zusammen mit Jurist_innen eine Klausel für Mietverträge entworfen. Durch die Einfügung dieser Klausel soll verhindert werden, dass gewerbliche Räume für rassistische, antisemitische und rechte Zwecke angemietet werden können, wie etwa in den genannten beiden Fällen.

Am 17. 04.2014 haben Vertreter_innen der zwei großen Berliner Wohnungsbaugesellschaften degewo und STADT und LAND einen Kooperationsvertrag unterzeichnet, mit dem sie zukünftig Absprachen gegen rechte Mieter_innen treffen wollen.

Pressemitteilung des Zentrums für Demokratie Treptow-Köpenick zum Thema: Wohnungsbaugesellschaften unterzeichnen Kooperationsvereinbarung gegen rechte Mieter ■

Im Tagesschnitt mehr als zwei antisemitische Straftaten

BERLIN. Im ersten Quartal 2014 wurden offiziell insgesamt 191 Straftaten aus antisemitischen Motiven registriert, davon drei Gewalttaten und 40 Propagandadelikte. Die Zahlen gelten laut aktueller Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Frage der LINKEN als vorläufig. Im statistischen Schnitt bedeutet dies: Täglich werden bundesweit mehr als zwei antisemitische Straftaten erfasst. Die realen Zahlen und damit die von Jüdinnen und Juden erlebten Bedrohungen sind höher und alltäglicher.

Es ist brotlos, an historischen Jahrestagen feierlich zu gedenken, wenn zugleich aktuelle Fakten politisch und medial ausgeblendet werden. Der Bundestag muss das Thema „Antisemitismus“ endlich wieder ernsthaft aufgreifen.

Petra Pau, Berlin, den 1. Mai 2014 ■

Vergessene Opfer rechter Gewalt in Baden-Württemberg

Die drei Spätaussiedler-Jugendlichen Viktor Filimonovim, Waldemar Ickert und Aleksander Schleicher werden während eines Diskothekenbesuches in Heidenheim an der Brenz im Dezember 2003 von dem Neonazi Leonhard Schmidt erstochen.

Leonhard Schmidt wurde von der Polizei eindeutig der rechten Szene zugeordnet. Auch die Staatsanwaltschaft räumte ein, „ohne den zumindest damals bestehenden ‚ausländerfeindlichen Hintergrund‘ sei das gesamte Tatgeschehen nicht erklärbar.“ Trotzdem tut sie sich sehr schwer damit, ein rassistisches Tatmotiv einzuräumen.

Auch der Oberbürgermeister Bernhard Ilg (CDU) möchte kein solches Motiv erkennen: „Die Wahrheit ist doch, dass ein Deutscher drei Deutsche umgebracht hat.“ Als es dann zu einem spontanen Gedenkmarsch kommt, werden die Teilnehmenden vom Heidenheimer Stadtoberhaupt beschuldigt, den dreifachen Mord für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Der Arbeitskreis „Unvergessen, Opfer rechter Gewalt in Baden Württemberg“ hat sich zum Ziel gesetzt, Mordfälle durch rechte Gewalt in der Region zu dokumentieren. Bei der Dokumentation soll das Opfer im Mittelpunkt stehen, indem jeweils die Biographie der ermordeten Individuen auf der Internetseite veröffentlicht wird. Erst danach werden die Tat sowie der anschließende Ermittlungs- und Prozessverlauf beschrieben.

Dabei sollen sowohl Fälle porträtiert werden, bei denen ein rechtes Tatmotiv nachgewiesen ist, als auch Fälle, bei denen ein mutmaßliches rassistisches, antisemitisches, homophobes, antiziganistisches oder sozialdarwinistisches Tatmotiv unterstellt werden kann. Das eine (nachträgliche) Anerkennung eines rechten Tathintergrundes in vielen Fällen notwendig ist, haben die NSU-Morde auf traurige Art und Weise zum Vorschein gebracht.

Obwohl bei den Morden durch den NSU oft ein rassistisches Tatmotiv das nahe lag, wurde es von den Behörden systematisch ausgeschlossen – und was noch schlimmer ist: Stattdessen wurden die Opfer bzw. ihre Angehörigen kriminalisiert.

Bis jetzt wurden sieben Mordfälle nach 1990 und zwei Mordfälle vor 1990 auf dem Blog veröffentlicht, in denen polizeilich ein rassistisches Tatmotiv eingeräumt wurde.

Der Arbeitskreis Unvergessen fordert dazu auf, bekannt werdende (Verdachts-) Fälle rechter Gewalt in Baden-Württemberg an

braunzonebawue@hushmail.com

weiterzuleiten, um eine Dokumentation und ein Erinnern zu ermöglichen, sowie das Ausmaß der Morde durch Rechte in dem Bundesland aufzuzeigen.

Neonazis für „Identitären“-Demo

WIEN. Die rechtsextreme Identitäre Bewegung Österreich (IBÖ) mobilisiert zu einer Anti-EU-Demonstration in Wien am 17. Mai 2014, wobei man angesichts zu erwartender Proteste den Treffpunkt geheim hält.

Unterstützung bekommt das Unterfangen von neonazistischer Seite, so heißt es auf freies-oesterreich.net: „Einige junge Kameraden haben sich ein Herz genommen und eine offizielle Demonstration in Wien angemeldet. Eine Möglichkeit, für Identitäre und den Nationalen Widerstand öffentlich klar zu stellen: Der Widerstand lebt! Wir wollen in der Stadt Wien, der Bastion Europas, ein starkes Zeichen setzen und auf die Straße gehen.“

Es ist also zu befürchten, dass am 17. Mai auch zahlreiche gewaltbereite Neonazis durch die Wiener Innenstadt ziehen werden.

Neues von ganz rechts – April 2014, www.doew.at ■

Im Andenken an den 8. Mai:

Verantwortung für eine friedliche Lösung in der Ukraine übernehmen

Die Situation in der Ukraine ist alarmierend und gibt jeden Tag mehr Grund zur Sorge. Die Beteiligung der langjährigen NPD-Partnerorganisation „Swoboda“ und des mit ihr verbandelten militant-faschistischen „Rechten Sektors“ an der amtierenden Regierung in Kiew und deren Anerkennung durch EU und Bundesregierung haben das Land an den Rand des Abgrunds gebracht.

Durch die Regierungsbeteiligung sind Kräfte mit Macht ausgestattet und staatlich legitimiert, die sich offen und aktiv auf die faschistischen Kollaborateure des Vernichtungskriegs beziehen. Das mobilisiert bei allen Gruppen, die historisch den Faschisten zum Opfer fielen, insbesondere bei der jüdischen Minderheit, bei Antifaschist_innen und russisch-sprachigen Bürger_innen der Ukraine berechtigte Ängste. Diese Ängste ernst zu nehmen, ist eine notwendige Schlussfolgerung aus der deutschen und europäischen Geschichte.

Dass nicht nur von Seiten der Regierung in Kiew, sondern auch aus Russland, an nationalistische Haltungen und Gefühle appelliert und entsprechende Kräfte von beiden Seiten unterstützt werden, ist unübersehbar.

In einer solchen Situation wäre es Aufgabe der „Friedenspreisträgerin“ EU und der Bundesregierung für De-Eskalierung zu sorgen. Stattdessen wird über buchstäblich alle Kanäle das anti-russische Ressentiment gepflegt und verstärkt. Während die offene Gewalt der Demonstrant_innen auf dem Maidan nicht nur als legitimer Volksaufstand unterstützt wurde, sondern auch die Regierung davor gewarnt wurde, mit Gewalt zu antworten, bleibt der Einsatz von Militär in der Ost-Ukraine ohne öffentliche Reaktion.

Der Tod von 42 Menschen im brennenden Gewerkschaftshaus von Odessa hat die Situation dramatisch zugespitzt. Auch wenn sich nach wie vor nicht feststellen lässt, wie es dazu gekommen ist, so schreibt doch der „Vorwärts“ zutreffend:

„Die Bilder sind schrecklich genug: Flammen schlagen aus dem Haus. Menschen versuchen sich aus den Fenstern zu retten. Männer auf dem Platz davor, in Tarnanzügen, jubeln, schießen auf die Fassade, schleudern Brandsätze auf die pro-russischen Aktivisten, die aus dem Inferno fliehen wollen. Wieder einmal greifen die Sicherheitskräfte nicht ein.“

Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie ihren – offenbar in beide Richtungen vorhandenen – Einfluss nutzt, um die Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen. Damit würde sie tatsächlich einer „besonderen deutschen Verantwortung“ gerecht werden.“

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V.
http://www.vvn-bda.de/im-andenken-an-den-8-mai-verantwortung-fur-eine-friedliche-losung-in-der-ukraine-ubernehmen/

Der 8. Mai 1945 mahnt: Faschismus und Kriegshetze entgegentreten

Der 8. Mai 1945 ist der Tag des Sieges der Anti-Hitler-Koalition über den Hitler-Faschismus; es ist der Tag der Befreiung Deutschlands und Europas von der Nazibarbarei. Unser Dank und unser ehrendes Andenken gilt allen antifaschistischen Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfern und insbesondere den Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee. Wir dürfen niemals vergessen, dass die die Bevölkerung der Sowjetunion mit 20 Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg den größten Blutzoll für die Niederringung der Hitler-Barbarei gegeben hat.

Die Mahnung des 8. Mai – Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! – ist in diesem Jahr aktueller denn je. Mit Unterstützung und Billigung des Westens ist in der Ukraine eine Putschregierung aus Oligarchen und Faschisten an die Macht gekommen. In zynischer Weise verharmlosen die meisten deutschen Medien ebenso wie Politikerinnen und Politiker der Regierungskoalition und der Grünen die ukrainischen Faschisten der NPD-Partnerpartei Swoboda und des Rechten Sektors als „Nationalisten“ und „pro-europäische Maidan-Aktivisten“. Doch mit dem Pogrom von Odessa hat die Kiewer Putschregierung am vergangenen Freitag ihre hässliche faschistische Fratze offen gezeigt. Ihre Terrorbanden massakrierten in Odessa über 50 – möglicherweise sogar weit über 100 – Antifaschisten, Kommunisten und Befürworter von Autonomierechten für die russischsprachige Bevölkerung. Viele von ihnen verbrannten im Gewerkschaftshaus, das die faschistischen Banden in Brand gesetzt hatten, andere wurden nach einem Sprung aus dem brennenden Gebäude totgeschlagen. Die kriminelle Oligarchin Julia Timoschenko, deren Partei „Vaterland“ die Kiewer Putschregierung anführt, rechtfertigte das faschistische Massaker anschließend mit dem „Schutz administrativer Gebäude“ und nannte die faschistischen Mörder „friedliche Demonstranten“. Die antirussischen Gewaltfantasien von Timoschenko, die in einem Telefonat bekannte, den russischen Präsidenten Putin eigenhändig erschießen zu wollen, sind bekannt. Die Bundesregierung muss ihre Unterstützung der unter Einschluss der Faschisten gebildeten unrechtmäßigen Kiewer Regierung sofort beenden.

Nicht die russische Politik, sondern die weitere Ausdehnung der NATO nach Osteuropa und der Aufbau ihres gegen Russland gerichteten Raketenschirms sind die Ursache für die zunehmende Kriegsgefahr. Doch wie in Zeiten des Kalten Krieges wird in deutschen Medien eine wilde Hetzkampagne gegen Russland entfacht. Auf allen Kanälen wird Russland in den schwärzesten Farben als Bedrohung der Freiheit Europas präsentiert – von denselben Politikern und Journalisten, die jetzt ukrainische Faschisten als Freiheitskämpfer feiern.

Den Gipfel der Infamie stellt eine Petitionskampagne der Springer-Blätter BZ und BILD mit dem Ziel, die beiden Panzer am sowjetischen Ehrenmal im Berliner Tiergarten zu entfernen, dar. Offen wird mit dieser Petition der Bundestag zum Völkerrechtsbruch aufgerufen. Denn die Bundesrepublik ist vertraglich zum Erhalt und zur Pflege der sowjetischen Kriegsgräberstätten verpflichtet. Dieses Ehrenmal ist die Grabstätte von über 2000 der 80.000 Sowjetsoldatinnen und Sowjetsoldaten, die bei der Schlacht um Berlin 1945 ihr Leben ließen. Die beiden Panzer waren die ersten, die Berlin erreichten, sie waren die Boten des nahen Sieges über den Hitler-Faschismus. Tatsächlich ist dieses Ehrenmal – mit seinen Panzern – ein Stachel im Fleisch der kriegslüsternen Springer-Journaille, der alten und neuen Kalten Krieger und Neonazis. Denn dieses Ehrenmal soll die Nachgeborenen an die Schrecken des von Deutschland entfachten Weltkrieges gemahnen. Wer diese Symbole vernichten will, möchte nicht nur das Andenken an die für die Befreiung gestorbenen sowjetischen Soldaten dem Vergessen anheimgeben; auch die Erinnerung an die Verbrechen, die von Deutschland ausgingen, sollen getilgt werden.

Treten wir gemeinsam der antirussischen Hetze entgegen! Solidarität mit den Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Ukraine!

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE.

AfD Münster geht mit Schlägertruppe gegen Kritiker_innen vor

Münster. Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ließ am Samstag ihren Infostand in der Münsteraner Fußgängerzone durch eine Schlägertruppe bewachen. Antifaschist_innen verteilten in den Mittagsstunden Flugblätter, die den Nationalismus der Partei kritisierten, und kommentierten den Wahlkampf durch ein Transparent mit der Aufschrift „Rassismus ist keine Alternative“. Obwohl sich die Antifaschist_innen in deutlicher Entfernung von zirka 20 Metern zum Infostand der AfD aufgebaut hatten und der Wahlkampf zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt wurde, bedrohte die zuerst sechsköpfige Schlägertruppe die Protestierenden. „Ihr verpisst euch jetzt hier, sonst haue ich dir in die Fresse!“, war eine beispielhafte Drohung. Mehrfach versuchten die aggressiv auftretenden Männer ihre Worte durch direkten Körperkontakt, Rempeleien und Wegdrängen zu unterstreichen. Richard Mol, stellvertretender Sprecher des AfD-Kreisverbandes Münster, wich den als „Sicherheits- und Ordnerdienst“ der AfD auftretenden Personen nicht von der Seite, sondern rechtfertige deren Anwesenheit.

Neonazis mischten mit

Nach einiger Zeit tauchten zudem zwei bekannte Neonazis aus Münster auf, die die anwesenden „Ordner“ mit Handschlag begrüßten und sich zu der Gruppe gesellten. Bei einem der Neonazis handelte es sich um Tobias Hartmann, ein vormaliges Mitglied der mittlerweile aufgelösten Gruppe „Nationale Sozialisten Münster“. Bei der Neonazi-Demonstration am 3. März 2012 in Münster war Hartmann als Ordner eingesetzt. In den letzten Jahren nahm er regelmäßig an Aufmärschen der Partei „Die Rechte“ teil, der faktischen Nachfolgeorganisation der verbotenen Neonazi-Kameradschaften. Sie gründete im Oktober 2012 auch einen Bezirksverband Münsterland. Bereits eine Dreiviertelstunde vor der Protestaktion wurden die beiden Neonazis mit den AfD-“Ordnern“ gesichtet.

Journalist wurde bedroht

Die Gruppe bedrängte auch einen anwesender Fachjournalisten. Ihm wurde mehrfach mit der Hand gegen die Kamera geschlagen. Die „Ordner“ bauten sich bedrohlich vor ihm auf und wollten mit den Worten „Du kannst, was erleben, wenn das veröffentlicht wird“ eine Berichterstattung unterbinden. Auch der Hinweis auf die journalistische Tätigkeit und eine Ausweisung durch einen dju-Presseausweis beeindruckte die „Ordner“ nicht. Die Pressefreiheit war für die AfD-Leute ein Fremdwort. Mehrfach sind AfD-Leute in den vergangenen Wochen gewalttätig gegen KritikerInnen oder Journalist_innen vorgegangen. In Bochum bedrohte ein AfD-Wahlkämpfer einen Kritiker mit einer Schreckschusswaffe, in Bremen wurde die bekannte Fachjournalistin Andrea Röpke mit Gewalt von einer Wahlkampfversammlung geschmissen.

„Wahlkampf im Stile der NPD“

Gegenüber den Anwesenden behaupteten die Mitglieder der Schlägertruppe, sie seien nur privat vor Ort und nicht von der AfD beauftragt worden. Sie würden freiwillig ihren Samstagvormittag opfern, um „für Ordnung zu sorgen und Eskalationen zu verhindern“. Fakt ist aber, dass sie seit dem Aufbau des Infostandes vor Ort waren und sich immer wieder mit AfD-Wahlkämpfern unterhielten. Auch Richard Mol teilte den Protestierenden auf Nachfrage mit, man müsse sich schließlich im Wahlkampf schützen. Die Schlägertruppe wurde von der AfD offenbar als Reaktion auf eine kleine Protestaktion am vergangenen Samstag eingestellt. Vor einer Woche hatte eine kleine Gruppe von Antifaschist_innen mit einem Transparent gegen den AfD-Wahlkampf protestiert und Flugblätter verteilt. An beiden Samstagen blieben die Protestierenden durchgängig friedlich und deeskalierend.

„Die AfD führt in Münster einen Wahlkampf im Stile der NPD. Bis heute kannten wir solch ein Verhalten nur von der Neonazi-Partei, die ihre Aktionen von solch zwielichtigen und gewalttätig auftretenden ‚Ordnern‘ bewachen lässt“, so Merle Linkowski, Sprecherin der Antifaschistischen Linken Münster. Statt einer argumentativen Auseinandersetzung setze die AfD auf Drohungen und Einschüchterungen durch „Schlägertypen“. Auch Passant_innen sowie Wahlkämpfer_innen der FDP und der Grünen hätten ihre Bestürzung über das Vorgehen der AfD-Leute geäußert. „Wir kritisieren die AfD für ihre nationalistischen und ausgrenzenden politischen Forderungen. Unter Zuhilfenahme einer rechtspopulistischen Rhetorik will sie sich mit aller Kraft als Partei rechts der Union etablieren. Dass sie dabei mit Schlägertrupps paktiert, in deren Reihen sich sogar organisierte Neonazis bewegen, das hat uns dann doch überrascht“, ergänzt Felix Blankenstein, Sprecher der Emanzipatorischen Antifa Münster. Die Antifa-Gruppen wollen ihre kritische Kommentierung des AfD-Wahlkampfes fortführen. „Wir lassen uns nicht durch Gewaltandrohung einschüchtern! Nationalismus ist keine Alternative!“

https://linksunten.indymedia.org ■

AfD-Kandidat feierte mit Nazi-Kampfgruppe

An der Wand hing ein Transparent, darauf ein Reisebus in Seitenansicht. In den Rädern die Zahlen „2 8“ und „8 8“. Eine Symbolik nur für Insider.

Hier feierte im Juli 2002 keine Reisegruppe, sondern die militante Naziszene Norddeutschlands. Die Zahlen standen für die Anfangsbuchstaben von „Blood & Honour“, einem schon zwei Jahre zuvor verbotenen Nazimusik-Netzwerk und für Adolf Hitler. Unter den ca. 60 Besuchern die sich in der Pinneberger Bahnhofsgaststätte trafen, waren Gewalttäter wie Klemens Otto, der 1998 einen Togolesen fast zu Tode geprügelt hatte, sowie Stefan Silar, der zuvor mehrere Jahre wegen Totschlags an einem Nazigegner im Gefängnis saß – und der damals 27-jährige Sebastian Behr, heute Kandidat der „Alternative für Deutschland“ im Bezirk Harburg.

Die Polizei bezeichnete die damalige Veranstaltung als „C18-Feier“ und ordnete sie der gewalttätigen Nazi-Kameradschaft „Combat 18 Pinneberg“ (Kampfgruppe Adolf Hitler Pinneberg) zu. Combat 18 Pinneberg war damals eine der aktivsten und gefährlichsten Kameradschaften in Norddeutschland.

Man nannte sich nach einer britischen Terrorgruppe und verbreitete selbst Hass →



Was passierte in Zelle fünf?

Der Polizei-Mord an Oury Jalloh und die Kriminalisierung von Protest und Gedenken



Montage: HF; Quelle: scharf-links.de

„Dieser Prozess ist ein politischer Prozess! Die Beschuldigungen, die hier von Polizeizeugen vorgebracht werden, sollen lediglich der Einschüchterung der Angeklagten sowie der Kriminalisierung der Aktivist_innen in Gedenken an Oury Jalloh dienen", erklärt der Angeklagte Mbolo Yufanyi vor dem Amtsgerichts Dessau am 29. April 2014. Dem Aktivisten der Geflüchtetenselbstorganisation „The VOICE Refugee Forum" wird vorgeworfen, anlässlich der Gedenkdemonstration zum 7ten Todestages von Oury Jalloh am 7. Januar 2012 in Dessau Polizist_innen verletzt zu haben.

Oury Jalloh war am 7. Januar 2005 in der Zelle Nummer fünf des Dessauer Polizeireviers verbrannt. Gegen den damaligen Dienstgruppenleiter der Dessauer Polizei lief im Jahr 2007 ein Gerichtsverfahren. Die Anklage lautete auf Körperverletzung mit Todesfolge. Denn fest steht: Der Dienstgruppenleiter hatte, als es in der Zelle fünf brannte, den Feueralarm mehrmals ausgeschaltet und die Hilfeschreie des Inhaftierten bewusst ignoriert. Zunächst wurden der Dienstleiter und sein mitangeklagter Kollege freigesprochen. Doch sowohl die Nebenklage als auch die Staatsanwaltschaft legten Revision ein, sodass das Verfahren im Jahr 2011 erneut aufgenommen wurde. Daraufhin wurde der Dienstgruppenleiter wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 10 800 € verurteilt.

Justiz und Polizei nahmen stets an, dass Ouri Jalloh sich selber angezündet habe und die Beamten zu spät eingegriffen hätten. Doch Freunde von Ouri Jalloh glauben nicht an Selbstmord. Genauso wenig wie der Aktivist Mbolo Yufanyi: „Obwohl ich Oury niemals selber kennengelernt habe, war ich im Moment des Bekanntwerdens der Umstände seiner Festnahme und seines späteren gewaltsamen Todes von Anfang an überzeugt, dass Polizeibeamte ihn ermordet haben mussten." Der Verdacht liegt nahe, denn die die Todes-Umstände sind bis heute ungeklärt. Bei der Obduktion wurde zwar ein – nahezu unversehrtes – Feuerzeug in der Zelle gefunden, es träft aber keine DNA-Spuren von Ouri Jalloh. Außerdem ist es nicht nachzuvollziehen, wie der an Händen und Füßen Gefesselte die schwer entzündbare Matratze selber angezündet haben soll. Es gibt viele Hinweise auf eine Vertuschung durch Polizeimitarbeiter_innen, es sind beispielsweise wichtige Beweisdokumente verschwunden. Zudem erklärte der bestellte Brandgutachter vor Gericht, dass er von der Justiz dazu aufgefordert worden sei, ein Gutachten zu erstellen, aus dem hervorgehe, dass Oury Jalloh sich selbst angezündet habe. Außerdem wurden keine Spuren des bei Brandopfern üblichen Stresshormons Noradrenalin festgestellt, woraus sich schließen lässt, dass das Opfer beim Ausbruch des Brandes bewusstlos gewesen sein muss.

Am Todestag von Oury Jalloh gibt es deswegen jedes Jahr Demonstrationen, insbesondere von Schwarzen, die daran erinnern, dass ein Schwarzer in einem deutschen Polizeirevier umgekommen ist, und Aufklärung fordern. Zum ersten Mal riefen Ouri Jallohs Freunde im April 2006 unter dem Motto „Break the silence" zu Demonstrationen auf und forderten eine Aufklärung der Todesumstände. „Demonstrationen geben Minderheiten die Möglichkeit, eine Stimme zu haben. Deswegen sind Polizeibeamt_innen verpflichtet, Versammlungen zu gewähren", so der Verteidiger Mbolo Yufanyis, Felix Isensee am 29. April. 2014 vor Gericht.

In den Auflagen zur ersten Demonstration im Jahr 2006 stand, dass die Parole „Oury Jalloh – Das war Mord" ein strafbarer Inhalt und nicht zu nutzen sei. Doch das Oberlandesgericht Sachsen-Anhalt hatte kurz darauf entschieden, dass diese Aussage von der Meinungsfreiheit gedeckt sei. Bei der Demonstration zum siebten Todestag Oury Jallohs, am 7. Januar 2012, wurden den Demonstrierenden dann trotzdem die Transparente – ohne jeglichen Auflagenbescheid – entrissen. Die Begründung lautete erneut, der Slogan sei verboten. „Es ist unfassbar, dass die Einsatzkräfte nichts von dem Urteil wussten, dass die Parole ‹Ouri Jalloh – Das war Mord› erlaubt ist. Zumal die Parole jahrelang von den Demonstrationsteilnehmenden gerufen wurden", empört sich der der Verteidiger Felix Isensee. „Es ist logisch, dass es dann zur Eskalation kommt." Im weiteren Verlauf sei es zu massiver Polizeigewalt gekommen, durch die zwei Demonstranten schwer verletzt wurden. Auch sein Mandant Mbolo Yufanyi sei von Polizeigewalt betroffen gewesen. Doch die Anzeigen, die sein Mandant gegen die Einsatzkräfte gestellt habe, seien eingestellt worden. Damit sei klar, in welche Richtung die Staatsanwaltschaft ermittle. Der Verteidiger betont: „Wir werden aufdecken können, dass Polizeibeamte gelogen haben, dass die Polizeiführung von Anfang an die Gedenkdemo zur Diskriminierung der Anliegen eindämmen wolle."

In seiner halbstündigen Rede im Gerichtssaal macht der Angeklagte Mbolo Yunfanyi klar, dass er davon ausgehe, dass das Urteil längst geschrieben sei und er es ablehne, sich von einem Gericht in Sachsen– Anhalt richten zu lassen. Er gibt zu verstehen, dass die falschen Menschen auf der Anklagebank säßen: „Dieses Verfahren, wie es hier heute geführt wird, ist, gemessen daran, dass es hier im eigentlichen Sinne um die Ermordung eines Menschen durch die Polizei geht, völlig absurd. Hinzu kommt noch, dass sämtliche rechtswidrig angeordneten Gewalttätigkeiten von Polizeibeamten gegen Teilnehmer der Erinnerungsdemonstration an

Fortsetzung Seite 6 oben

---

und Gewalt, u.a. gegen AntifaschistInnen und die jüdische Gemeinde.

Im Oktober 2003 durchsuchte die Polizei mit 300 Beamten etwa 50 Wohnungen und Treffpunkte der Kameradschaft in Neumünster, Kiel, Hamburg, Husum, Rendsburg, im Raum Itzehoe sowie im Kreis Pinneberg wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung, Waffenhandel, CD-Handel und Schutzgelderpressung. Dabei stellte sie unter anderem sechs Schusswaffen sicher. Vier Personen wurden 2005 wegen erpresserischer Handlungen, Körperverletzungen sowie illegalen CD-Handel verurteilt.

Solche Nazifeiern sind geschlossene Gesellschaften, sie werden konspirativ organisiert, auch um staatlicher Verfolgung zu entgehen. Zufällig ist man da kaum zu Gast. Die AfD wird jetzt aufklären müssen, was ihr Kandidat damals und eventuell heute noch mit Personen der Naziszene zu tun hatte.

Auch weil manche Aktivisten der AfD sich im Rahmen ihrer Mitgliedschaft bewusst zurückhaltend geben. So hielt sich ein weiteres Mitglied aus Harburg, obwohl mit jahrelangem extrem rechten Vorlauf, während seiner Mitgliedschaft mit eindeutig neonazistischen Äußerungen zurück. Seit Thomas V. jedoch Ende Februar aus der AfD ausgetreten ist, wirbt er für T-Shirts mit positivem Bezug zur „Jagdstaffel 88" der Nazi-Luftwaffe und bezeichnet jetzt nicht mehr Bernd Lucke als „den Chef", sondern Adolf Hitler. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass in der AfD einige Neonazis eine neue politische Heimat suchen, seit dem sich die NPD im Niedergang befindet und ihr Verbot droht.

Felix Krebs

den wider besseres Wissen bis heute aktiv vertuschten Polizeimord an Oury Jalloh von jeglicher Strafverfolgung ausgenommen bleiben sollen." So führt Mbolo Yufanyi erneut Beweise an, die für eine Ermordung durch Polizist_innen sprechen und weist auf weitere ungeklärte Todesfälle im Dessauer Revier hin: 1997 starb Hans-Jürgen Rose dort an schwersten inneren Verletzungen. In der bekannt gewordenen Zelle Nummer fünf wurde 2002 Miro Bichtemann mit einem Schädelbasisbruch tot aufgefunden. Die Polizei würde in allen Fällen stets versuchen, den wahren Sachverhalt zu vertuschen. Die Beamten würden sich gegenseitig schützen. „Dass der Polizeiapparat auf ganzer Linie versagt hat, ist sowohl der Polizeiführung als auch jedem einzelnen Beamten vorzuwerfen, der sich an der Vertuschung des Mordes an Oury Jalloh allein durch die Akzeptanz dieser Situation beteiligt", sagt Yufanyi. Deswegen seien Proteste weiterhin dringend notwendig, denn „„„Staatsanwaltschaft und Gerichte haben im mittlerweile 10. laufenden Jahr des bestialischen Mordes an Oury Jalloh noch immer kein Interesse daran, die wirklich Schuldigen in den Reihen der deutschen Polizei ausfindig zu machen. Stattdessen bemühen sie sich aber umso intensiver darum, jene zu verfolgen, die sich dafür einsetzen, dass die Gerechtigkeit am Ende siegen wird."

Nach dem Prozess: Der Protest wird weiter gehen

Als nach der Rede im Gericht die rund zwanzig Unterstüzer_innen applaudieren, droht der Richter Jürgen Zahn sofort damit, den Gerichtssaal räumen zu lassen. Doch dazu konnte es gar nicht kommen. Denn die Gerichtsverhandlung sollte in wenigen Minuten zu Ende sein: Verteidiger Felix Isensee beantragt das Verfahren wegen Aktenunvollständigkeit auszusetzen. Zum einen befänden sich die Jahre 2008–2012, die wichtig seien, um zu erfahren, was die Beamten über das aufgehobene Verbot der Parole wussten, nicht bei den Akten. Zum anderen liege ihm das Beweisvideo zum Demoverlauf nicht vollständig vor. „Das Video ist ein zentraler Bestandteil, um zu wissen wie die Demo abgelaufen ist. Wir haben ein Recht auf Aktenvollständigkeit", so Felix Isensee. Es scheint, als würde die Staatsanwaltschaft – wieder einmal – versuchen, Beweise verschwinden zu lassen, die zu Lasten der Polizeibeamt_innen gehen würden. Denn in dem Beweisvideo seien entscheidende Szenen, in denen die Polizei Gewalt gegen Demonstrierende am 7. Januar 2012 anwendete, herausgeschnitten worden. Der Staatsanwalt versucht sich herauszureden, so sei es nicht gängige Praxis, alle Daten zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der Datenmenge habe man nur geschnittenes Material herausgegeben. Als Felix Isensee an den rechtsstaatlichen Prinzipien festhält, wird ihm die Übergabe des vollständigen Videomaterials endlich zugesichert, die Verhandlung ausgesetzt und ein neuer Termin angesetzt.

Der Protest wird weitergehen. Mit Erfolg: Aktivist_innen sammelten inzwischen genug Geld, um ein erneutes Brandgutachten erstellen zu lassen: Der Brite Maksim Smirnou kam 2013 zu dem Ergebnis, dass der Körper Ouri Jallohs nur durch einen Brandbeschleuniger so verkohlt werden konnte. Die Staatsanwaltschaft hat nun ein neues Verfahren zur Klärung der Todesursache eingeleitet.

Katharina Helfrich / http://antifra.blog.rosalux.de ■

Pro Köln: Wahlkampf mit Pogromstimmung



Foto: P.B.

„Bürgermut stoppt Asylantenflut" und „Wut im Bauch? Lass es raus!": Mit diesen aggressiven Parolen plakatieren die Rassist(inn)en von pro Köln die Stadt zu. Vor der Wut der Menschen auf solche Art der Volksverhetzung schützen die Rechten ihre Papptafeln, indem sie sie in fast unerreichbarer Höhe anbringen. Täten sie das nicht, hätte sich der Fall in kürzester Zeit erledigt. In vielen Fällen hängen die beiden Parolen in direkter Nachbarschaft zueinander – der Zusammenhang, der sich in den Köpfen zwischen der „Wut" und der „Asylantenflut" herstellt, ist beabsichtigt. Pro Köln setzt auf die niedrigsten Instinkte der Menschen und will dadurch eine Pogromstimmung schaffen, von der sie bei den Wahlen zu profitieren hoffen. Sollte sich diese mörderische Stimmung tatsächlich in Gewalt gegen eine Flüchtlingsunterkunft entladen, hätten die „Saubermänner" natürlich nichts damit zu tun.

Mit der Aggressivität und aufs Äußerste zugespitzten Emotionalisierung ihres Wahlkampfs reagieren die Rechten auf eine für sie ungünstige Situation: Ihr Wähler(innen)potential und damit ihre profitablen Ratsmandate wird auf der einen Seite von der sich seriös und bürgerlich gebenden aber ebenfalls rechtsgewirkten „Alternative für Deutschland" (AfD) bedroht. Auf der anderen Seite erkennen immer mehr Menschen, dass pro Köln weder ihre gefühlten noch ihre tatsächlichen Probleme löst. Im gerade stattfindenden Betrugsprozess gegen mehrere pK-Ratsmitglieder will die Staatsanwaltschaft beweisen, dass die ihre Mandate in erster Linie dazu benutzen, um ihre Partei auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Und der Skandal um den führenden pK-Funktionär Jörg Uckermann (nach einer Entscheidung des Gerichts bis auf weiteres in Ossendorf inhaftiert), bei dem selbst die eigenen Parteifreunde mittlerweile einräumen, dass er psychisch krank ist, trägt nicht dazu bei, einen pK-Wahlerfolg wahrscheinlich zu machen.

Dagegenzusteuern versuchen die Rassist(inn)en nicht nur durch ihre zugespitzte Plakathetze, sondern auch durch eine Vielzahl von Infoständen in den Stadtteilen. Doch gegen diese Auftritte regt sich immer mehr Widerstand. Angeregt vom antifaschistischen Bündnis „Kein Veedel für Rassismus" flankieren immer öfter Menschen die pK-Stände, die mit ihren „braunen Säcken" Passant(inn)en die Gelegenheit geben, das Hetzmaterial direkt und umweltfreundlich zu entsorgen. Wie das geht und wo die braunen Säcke erhältlich sind, ist auf der Homepage www.keinveedelfuerrassismus.de zu erfahren. Immer wieder sagen die Rassist(inn)en deshalb geplante Infostände und Aktionen ab (vor der Moschee an der Venloer Straße und in Mülheim) oder ihre Auftritte können wegen des aktiven Widerstands von Menschen, die ihre Wut rauslassen, nicht stattfinden (wie beispielsweise auf dem Wilhelmsplatz in Nippes).

Der Höhepunkt des pK-Wahlkampfs (und auch der Höhepunkt an menschenfeindlicher Provokation) soll allerdings am 23. Mai stattfinden: Für diesen Tag kündigen Beisicht, Wiener und ihre Helfer(innen) an, eine Lichterkette zwischen einer Flüchtlingsunterkunft in der Xantener Straße und dem Standort eines weiteren in der Nähe der Riehler Heimstätten veranstalten zu wollen. Für eine solche Hetzaktion haben die notorischen Großsprecher, die die Beteiligung an ihren Auf- →

Aufruf der FIR zur Europawahl



Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die über sechzigjährige Dachorganisation der Verbände ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Deportierter, Kämpfer in den Reihen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgter des NS-Regimes und ihrer Angehörigen sowie Antifaschisten heutiger Generationen aus 25 Ländern Europas und Israels hat anlässlich der Europawahlen im Mai 2014 den folgenden Appell herausgegeben. ... Mittlerweile haben 36 Kandidatinnen und Kandidaten aus sechs Parteien aus vier Ländern auf unsere Anfrage reagiert.… Dr. Ulrich Schneider (Generalsekretär der FIR)

Wählt Antifaschisten ins Europäische Parlament!

Im Mai 2014 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Für die Veteranen des antifaschistischen Kampfes und für Antifaschisten heutiger Generationen sind diese Wahlen aus zwei Gründen von Bedeutung:

Die gegenwärtige Politik und Entwicklung der Europäischen Union entspricht nicht den Interessen großer Teile der Menschen in den europäischen Ländern. Zahlreiche Entscheidungen führen zu massiver sozialer Ausgrenzung, gehen zu Lasten der Schwächsten der jeweiligen Länder. Daher müssen im Europäischen Parlament die Stimmen gestärkt werden, die sich für eine demokratische, friedensorientierte, solidarische und sozial gerechte Entwicklung Europas einsetzen.

Zweitens treten in verschiedenen europäischen Ländern rassistische und extrem rechte Kräfte zu den Wahlen an, denen im Wahlkampf und im Parlament aktiv und engagiert entgegengetreten werden muss.

Wir rufen daher dazu auf, bei der Europawahl in allen Ländern solche Frauen und Männer zu wählen, die sich einsetzen für ein Europa,

- ❖ das jeder Form der rassistischen Diskriminierung oder der Fremdenfeindlichkeit entgegentritt,
- ❖ das sich für Flüchtlinge einsetzt und ihnen eine menschenwürdige Behandlung garantiert,
- ❖ das sich gegen jegliche Form von Holocaustleugnung, Geschichtsrevision und Rehabilitierung von SS-Verbrechern einsetzt,
- ❖ das eine soziale Politik gewährleistet, durch die allen Menschen Arbeit, Bildung, Ernährung und eine angemessene Wohnung garantiert wird,
- ❖ das für eine Friedenspolitik eintritt, die nicht auf Hegemonie, sondern auf nicht-militärische Konfliktlösungen beruht,
- ❖ das eine Gemeinschaft im Interesse der Menschen darstellt und nicht der Herrschaft von Banken und Wirtschaftsverbänden,
- ❖ das für vergleichbare Lebensbedingungen in allen Ländern eintritt und gegen erzwungene Arbeitsmigration,
- ❖ das eine Gleichberechtigung zwischen den Völkern und Nationen garantiert und keine Hegemonialpolitik.

Ein solches Europa ist möglich, wenn sich die Völker aktiv und vernehmbar für ihre Interessen einsetzen.

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum „Botschafter des Friedens“ ernannt. Sie besitzt NGO-Status bei der UNESCO, Paris, der ständigen Kommission der UNO, Genf, und dem Europarat, Strasbourg.

Europaweit gegen rechts

Antifaschisten aus 20 Ländern berieten in Athen gemeinsames Vorgehen

Wie können sich Antifaschisten europaweit gegen Attacken von Neonazis wehren? Das war eine der zentralen Fragen, die am vergangenen Wochenende von Aktivisten aus 20 Ländern des Kontinents in Athen diskutiert wurden. Die Vertreter von insgesamt 32 Gruppen – darunter „Dortmund stellt sich quer“ und „Keine Zukunft für Nazis“ aus Hamburg – einte das Ziel, eine „internationale Plattform gegen Faschismus“ aufbauen zu wollen. Über diese soll schnell internationale Solidarität gegen Übergriffe der extremen Rechten organisiert werden.

Thematisch konzentrierten sich die Teilnehmer in zehn Workshops auf Themen wie „Faschismus in der Kunst“ oder wie in Fußballstadien der Einfluss von Neonazis zurückgedrängt werden kann. Dimitri Kolesnik von der marxistischen Organisation „Borotba“ aus der Ukraine unterstrich in einem Vortrag, man dürfe nicht den Lügen über sein Land glauben, die von den Mainstreammedien verbreitet werden. Die Proteste auf dem Maidan in Kiew seien durch von Oligarchen finanzierte Organisationen vorangetrieben worden. Parallel dazu habe man die Neonazis aufgerüstet, die so bestens auf den Aufstand vorbereitet waren. Auch die gegenwärtige Lage werde von den Massenmedien verzerrt dargestellt, so Kolesnik. „Wir müssen den Menschen sagen, dass die Massendemonstrationen im Südosten des Landes nicht prorussisch sind. Die Demonstranten sind nicht mit der neuen Regierung in Kiew einverstanden, gegen diese protestieren sie“, sagte er der *jungen welt.*

Als weiteres zentrales Thema prägte der Rechtsruck in Griechenland die Veranstaltung. Der Mord an dem Sänger Pavlos Fysass durch Neofaschisten der „Goldenen Morgendämmerung“ hatte den Anstoß zu dem internationalen Treffen gegeben. Es sei aber auch das Ergebnis eines seit Juni 2013 laufenden Prozesses, erklärte Marietta von der „Antiautoritären Bewegung Athen“ im Gespräch mit jW. „Wir haben unsere Kräfte vereint, um dem Aufstieg der Goldenen Morgendämmerung entgegenzuwirken.“ Einig war man sich bei der Konferenz, dass eines der zentralen Probleme in Griechenland derzeit die Flüchtlingslager seien. Während die Schutzsuchenden diskriminiert werden, dienten sie zugleich als Sündenböcke, auf deren Rücken die extreme Rechte gestärkt werde. Nötig sei eine Vernetzung der Arbeiter, um den Faschisten auch in den Betrieben entgegenzutreten.

Quelle: http://www.jungewelt.de Von Sükriye Akar, Athen 15.04.2014 ■

---

märschen gerne bis über die Grenze der Lächerlichkeit hinaus „hochrechnen“, mit Sicherheit nicht genug Aktive. Dennoch bleibt es eine unerträgliche Provokation. Initiativen wie „Kein Veedel für Rassismus“ und die Riehler Anwohnerinitiative haben bereits Proteste dagegen angekündigt. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass der geplante pK-Wahlkampfhöhepunkt zu einer Niederlage für die Rechten wird, die sie lange nicht vergessen werden. *tri* ■

Rechtsextrem regierte Rathäuser (RRR)

Neue Weichenstellungen und Beschlüsse

Rund 450 000 Menschen werden derzeit in Frankreich durch Rechtsextreme regiert. So errechnete die französische Tageszeitung ‚Libération' (Ausgabe vom 8.5.14), in den elf vom Front National/FN oder – im Falle Béziers – mit Unterstützung des FN regierten Städten lebten 400 704 Einwohner/innen.

Hinzu kommen jedoch noch die vier durch die, ebenfalls rechtsextreme, Regionalpartei Ligue du Sud regierten Kommunen. Es handelt sich dabei um Orange mit rund 29 000, Bollène mit rund 14 000, Piolenc mit rund 5000 und Camaret-sur-Aigues mit rund 4500 Einwohner/inne/n.

Was soll man mit den „eroberten" Rathäusern anfangen, welche Politik in ihnen verfolgen, um welche Außenwirkung zu erzielen? Diese Frage stellt sich nun für die französische extreme Rechte in konkreter Form, seitdem sie diese insgesamt fünfzehn Kommunalregierungen stellt. Und dabei versucht sie die Fehler der jüngeren Vergangenheit zu vermeiden, die ihrem Ruf erheblichen Schaden zufügten, als sie in den neunziger Jahren bereits einmal auf lokaler Ebene regieren konnte. Aber wie soll man es am besten anstellen?

Nur wenige langjährige Kontinuitätsfälle

Als einzige rechtsextrem regierte Kommune weist Orange dabei eine gewisse langjährige Kontinuität auf: Ihr Bürgermeister Jacques Bompard wurde 1995 zum ersten Mal gewählt, damals für den Front National. Er trat jedoch 2005 infolge von Konflikten mit dessen damaligem Chef Jean-Marie Le Pen, vor allem jedoch aufgrund seiner Opposition gegen die bereits beginnenden „Modernisierungs"bemühungen seiner Tochter Marine, aus seiner vormaligen Partei aus. Er wurde dadurch jedoch keinesfalls „gemäßigt", sondern kritisierte im Gegenteil lautstark die angebliche „ideologische Aufweichung" seiner früheren Partei, und lancierte seine eigene Formation mit tatkräftiger Unterstützung der ansonsten eher außerparlamentarischen „identitären Bewegung". Bei der (nunmehr vor)letzten französischen Kommunalwahl im März 2008 gewann dann seine Gattin, Marie-Claude Bompard, das Rathaus der nahe gelegenen Stadt Bollène hinzu.

In den anderen Städten, deren Rathäuser ebenfalls im Juni 1995 – Toulon und Marignane –, oder (im Falle der Marseiller Vorstadt Vitrolles) im Februar 1997 an den Front National fielen, riss diese Kontinuität dagegen nach wenigen Jahren ab. Die dortigen rechtsextremen Kommunalverwaltungen hatten sich in aller Regel schnell blamiert, weil sie sich wie im Falle der Großstadt Toulon als inkompetent und korrupt herausstellten. Oder aber sie hatten durch eine scharf ideologisch markierte, rücksichtslose Politik Aufsehen erregt und Widerstände hervorgerufen. Dies war anfänglich auch in Orange der Fall, wo in den Anfangsmonaten 1995-1996 etwa die örtliche Bibliothek aus ideologischen Gründen gesäubert wurde. Dabei, so lautete die Vorgabe, habe „Literatur kosmopolitischen Geists" aus den Regel zu verschwinden; es traf daraufhin nicht nur Bücher linker Autoren, sondern auch Kindermärchen aus China, Afrika und Haiti. Doch in Orange verstand es die Stadtverwaltung in den darauffolgenden Jahren, eine wesentlich geschmeidigere Politik zu verfolgen, weniger anzuecken und sich vor allem bei den Ladenbesitzern im Stadtzentrum durch Verschönerung der historischen Altstadt sowie Steuersenkungen beliebt zu machen.

Drei grundsätzliche Optionen

Im Wesentlichen kann eine rechtsextreme Rathauspolitik in drei Richtungen gehen: Erstens kann sie versuchen, ihre Ideologie vorzuführen oder umzusetzen. Auf denjenigen Aufgabenfeldern, für die Kommunalpolitik zuständig ist, kann man dabei vorhandene Spielräume nutzen, etwa in der Kulturpolitik. In Vitrolles, wo die rechtsextreme Bürgermeisterin Catherine Mégret von 1997 bis 2002 amtierte, wurden dabei sogar offen illegale Beschlüsse gefällt, etwa durch die Einführung einer „Geburtenprämie" in Höhe von 5000 damaligen Francs nur für „europäische Eltern". Diese wurde zwar Anfang 1998 innerhalb weniger Wochen vom Verwaltungsgericht kassiert. Doch in den Worten der rechtsextremen Stadtregierung hatte die Justiz dabei nur demonstriert, „dass die Gesetze schlecht sind, eine konkrete Hilfe für unsere Landsleute verbieten und deswegen auf nationaler Ebene abgeändert werden müssen".

Zum Zweiten können rechtsextrem geführte Kommunalregierungen umgekehrt versuchen, „Normalität" zu demonstrieren und die Politikfähigkeit ihrer jeweiligen Partei – im bürgerlichen Sinne - unter Beweis zu stellen. Zu einer solchen Ausrichtung gehört es, sich auf auch von Wirtschaftsliberalen oder Konservativen durchgeführte Praktiken wie etwa kommunale Steuersenkungen zu konzentrieren. Diese ökonomischen Maßnahmen lassen sich dann immer noch benutzen, um auf indirektem Wege besonders „Ausländervereinen", so genannten multikulturellen Institutionen oder politisch unliebsamen Vereinigungen den Geldhahn zuzudrehen. Zum Dritten aber gibt es bei rechtsextremen Politikern auch die Versuchung, sich zu sagen, endlich sei man am Ruder und könne sich nun zum ersten Mal so richtig hemmungslos bedienen. In Vitrolles wurde dies bis zum Anschlag praktiziert. Die für Finanzkontrolle zuständigen Rechnungshöfe rauften sich die Haare, als die Kommune Zehntausende Euro Portokosten für die Parteigeschäfte von Cathérine Mégrets Ehemann Bruno ausgegeben hatte. Und ein wegen rassistischen Totschlags verurteilter Parteifreund, Mario d'Ambrosio, fand am Ende der Regierungszeit Mégrets eine Anstellung im Rathaus, ebenso wie mehrere hundert andere.

Vor allem die erste und die dritte genannte Dimension ihrer Rathauspolitik schadeten den Rechtsextremen in der Vergangenheit, indem sie dazu beitrugen, ihren Ruf zu ruinieren. Ihre Kommunalpolitiker, die von 1995 bis 2001 Toulon regierten, wurden mehrfach wegen erwiesener Korruption und Vetternwirtschaft verurteilt.

In einem Radiointerview am 20. März 2014, wenige Tage vor den diesjährigen Kommunalwahlen, behauptete FN-Chefin Marine Le Pen dann auch, ihre Partei habe „aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt". Heute strebe sie danach, eventuelle Selbstbedienungstendenzen bei ihren örtlichen Funktionären zu kontrollieren. Le Pen fügte hinzu, in Toulon seien diese damals ohnehin nur von „alsbald ausgetretenen" Parteifreunden ausgegangen; was so nicht stimmt, auch wenn der dortige Bürgermeister Jean-Marie Le Chevallier tatsächlich 1999 sein Parteibuch zurückgab.

Die Parteivorsitzende kündigte in demselben Interview auch an, allzu radikale Bestrebungen werde man in den künftig vom FN regierten Rathäusern ebenfalls unterlassen. So verwarf sie den Begriff und das Konzept des „Laboratoriums"; in den 1990er Jahren waren die damals vom FN regierten Städte noch als dessen „Versuchslabore" bezeichnet worden. Auch denke man nicht daran, die Stadtbibliotheken von gegnerischen Werken zu säubern. „Vielleicht werden unsere Leute ja neue Bücher hinzukaufen", deren Erwerb bis dahin durch die anderen Parteien unterbunden worden sei, fügte sie hinzu. Bislang sind noch keine auffälligen Neuerwerbsbeschlüsse bekannt geworden. Jedoch könnte es auf diesem Gebiet eventuell interessant werden, da solche Entscheidungen verraten, in welchen von anderen Parteien abgelehnten Autoren die FN-Politiker sich wiedererkennen. In den neunziger Jahren waren bei in Orange und Marignane angekauften Büchern auch solche von Autoren wie Marc Au-

gier, der seine Karriere als faschistischer Ideologie durch seine Verpflichtung als französischer SS-Freiwilliger begonnen hatte. Heute allerdings versucht Marine Le Pen, solche ideologischen Bezüge ihrer Partei zu leugnen, was keineswegs von allen Mitgliedern geteilt wird.

(Spar)Schweinereien

Sparbeschlüsse sind eine Komponente der Politik rechtsextremer Rathausregierungen, die heute offensiv vertreten wird. In Hénin-Beaumont in Nordostfrankreich – die frühere Bergarbeiterstadt wurde vom FN sogar bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewonnen – verkündete Bürgermeister Steeve Briois etwa, ab 2015 würden umfangreiche Sparbeschlüsse umgesetzt. Schon jetzt wurde entschieden, die Wohnsteuer um zehn Prozent zu senken, gegen die erklärte Auffassung des Rechnungshofs, der geltend machte, die Kommune sei bereits mit über dreißig Millionen Euro verschuldet. Wichtig ist es, darauf hinzuweisen, dass eine Steuersenkung mit festem prozentualem Anteil den Steuerpflichtigen umso mehr Geld erstattet, je mehr sie an Wohnsteuer bezahlen, also desto größer ihre Wohnung sowie ihr Einkommen ausfallen. Die Maßnahme begünstigt also nicht die sozialen Unterklassen, an die der FN sich gerade im früheren Kohlerevier in Nordostfrankreich im Wahlkampf beharrlich wandte. Als Antwort auf die Einwände des Rechnungshofs erklärte Briois ansonsten, er werde eben „an geeigneter Stelle nach Subventionen suchen“. Dabei ließ er durchblicken, dass es sich um solche der EU handeln könnte. Üblicherweise agitiert die extreme Rechte gegen Subventionen der öffentlichen Hand, und erst recht gegen die EU – aber ihre örtliche Politik sollen sie finanzieren dürfen?

Vorzeige-Rathaus in Hénin-Beaumont

Die neue Stadtverwaltung von Hénin-Beaumont machte (wie in der vorigen Ausgabe der AN berichtet) auch dadurch auf sich aufmerksam, dass sie am 8. April der Liga für Menschenrechte/ LDH einen städtischen Raum entzog. Es handelt sich um Räumlichkeiten mit einer Dimension von zwanzig Quadratmetern, den die LDH – einer traditionsreichen Vereinigung, die in Frankreich seit 1898 besteht und aufgrund der Dreyfus-Affäre gegründet wurde – den bis dahin kostenlos nutzen konnte. Aber seitdem tritt die Rathausführung in Hénin-Beaumont eher auf Samtpfoten auf.

Ansonsten betont der FN-Bürgermeister Briois, es werde „keine Hexenjagd“ gegen Opponenten geben - nicht doch -, und auch nicht unter den Kommunalbediensteten. Eine Formulierung, die einer einheitlichen Sprachregelung der Partei zu entsprechen scheint, sie taucht wortgleich im Munde mehrerer der neuen FN-Bürgermeister auf. Quasi unisono vernahm man im Gleichklang auch aus anderen Städten, wie von dem 26jährigen FN-Bürgermeister von Fréjus an der Côte d’Azur, David Rachline, es werde „keine Hexenjagd“ stattfinden.

Steeve Briois in der entgegengesetzten Ecke Frankreichs lud aber sogar die Gewerkschaften unter den städtischen Angestellten vor, um ihnen dies zu verkünden. Dies hätten die FN-Bürgermeister der ersten Generation in den 1990er Jahren wohl nicht getan, damals wurden die Gewerkschaften offen als zu bekämpfende Feinde behandelt. Heute ist die Partei geschickter bei der Verfolgung ihrer Ziele, vielleicht auch hinterhältiger im Umgang mit Skeptikern geworden. In Hénin-Beaumont unter Briois wurde vergangene Woche etwa die städtische Subvention an die Restos du Coeur („Restaurant des Herzens“: eine Armenspeisung, ungefähr mit der „Tafel“ in Deutschland vergleichbar) erneuert. Dies wurde gleich demonstrativ anlässlich einer Veranstaltung im Rathaus mit Schnittchen, zu welcher die Presse eingeladen worden war, verkündet.

Relativ geschickt wurde auch in Szene gesetzt, dass am vergangenen Samstag (den 10. Mai 2014) ein gleichgeschlechtlicher Eheschluss zwischen zwei Männern im Rathaus von Hénin-Beaumont besiegelt wurde. Die Sozialdezernentin der FN-geführten Stadt, Aurélia Beigneux, verkündete gegenüber ‚Libération‘: „Dies stört mich absolut nicht, 80 % meiner Freunde sind homosexuell.“ Dieses scheinbare Toleranzbekenntnis war vielleicht ein bisschen dick aufgetragen, was die Prozentangabe betrifft. Ansonsten ist es zumindest insofern glaubwürdig, als die FN-Rathausführung unter Steeve Briois tatsächlich nicht unbedingt direkte Probleme mit Homosexualität haben dürfte – Briois ist notorisch schwul, ebenso sein prominentester Beisitzer, Bruno Bilde (ansonsten einer der Berater Marine Le Pens). Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass zumindest Teile des FN in 2012/13 aktiv die Proteste gegen die Homosexuellenehe befeuerten, wenngleich eine Fraktion in der Parteiführung sich dabei auffällig zurückhielt.

Aber auch auf anderen Feldern ist man in Hénin-Beaumont eher relativ vorsichtig. Zumal Allen klar sein dürfte, dass es sich hier um „die“ kommunalpolitische Vitrine des FN handelt: Bei den Parlamentswahlen kandidierte Marine Le Pen 2007 und 2012 persönlich im Wahlkreis rund um Hénin-Beaumont, und bei der vorigen Kommunalwahl dort im Juni/Juli 2009 stand sie selbst auf der Liste für das Rathaus. Ferner handelt es sich bei Hénin-Beaumont um die einzige Kommune, die der Front National im März dieses Jahres bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit (50,26 %) gewann. Die übrigen Kommunen fielen in der Stichwahl an ihn. – Kürzlich meldete sich im Kommunalparlament in Hénin-Beaumont der parteikommunistische Gemeinderat David Noël, vormals Beisitzer zum sozialdemokratischen Vorgänger-Bürgermeister Eugène Binaisse, in einer Aussprache zu Wort. Er kritisierte dabei die Austeritätspolitik der französischen Zentralregierungen und die Sparzwänge, die vom Staat den Kommunen aufgehalst würden. Demonstrativ applaudierten die rechtsextremen Stadtverordneten dem Parteikommunisten. Vor Ort ist sogar die lokale CGT verwirrt und erklärt, erst einmal abwarten zu wollen, was für eine Politik die FN-Rathausregierung durchführen werden; es dürfe keine Vorverurteilung geben.

Einbindung des Personals

Entlassungen unter den Angestellten in den rechtsextrem geführten Kommunen soll es im Allgemeinen auch keine geben, wird heute verkündet. Während die ersten FN-Rathäuser vor fünfzehn Jahren viele Arbeitsverträge aufkündigten – auch auf offen illegale Weise, für spätere Verurteilungen durch die Arbeitsgerichte hatten eben die Steuerzahler aufzukommen. Hingegen will die FN-Parteispitze nun landesweit nach Freiwilligen suchen, die als Kommunalbeamte oder –angestellte in den rechtsextrem regierten Städten Dienst tun wollen, und hat dafür ein eigenes zentrales Personalbüro eingerichtet.

Eine ihrer Stadtverwaltungen hat daneben in dieser Sache auch an eine Gewerkschaft von kommunalen Führungskräften (SNDGCT) geschrieben, die ihr allerdings antwortete, man sei doch „keine Arbeitsvermittlungsagentur“. Was jene städtisch Bediensteten betrifft, die sich nicht einverstanden zeigen oder aber aus Sicht der Partei „überzählig“ sind, da man ja sparen wolle, verkündete Marine Le Pen in ihrem oben zitierten Radiointerview vom 20. März 14: „Aber das bedeutet nicht, dass wir entlassen werden. Wir warten einfach, bis Leute in Rente gehen, und bauen dann die Stellen ab.“

Andere Beschlüsse der neuen Kommunalverwaltungen kommen hingegen sogar in den eigenen Reihen nicht so gut an. Marine Le Pens Ankündigung, ihre Parteiführung werde eventuelle Neigungen ihrer Bürgermeister zur Selbstbereicherung notfalls blockieren, läuft ein Beschluss zweier Rathauschefs in Südostfrankreich zuwider. Die frisch gewählten FN-Bürgermeister von Le Luc und Cogolin, im Hinterland der Côte d’Azur, ließen sich ihre eigene Besoldung um je rund fünfzehn Prozent erhöhen. Von Versuchen ihrer Partei, dies zu verhindern, ist jedoch bis zur Stunde nichts bekannt. Der Amtsinhaber in Le Luc, mit Namen Philippe de la Grande, rechtfertigte sich dazu mit einem sehr klassisch rechtsextremen Argument: „Ausländer, die in Rente hierher nach Frankreich bekommen und nie in ihrem Leben in unserem Land gearbeitet haben, bekommen höhere Bezüge als meine Bei- →

Lebensgefahr an Griechisch-Türkischer Grenze

Neuer Flüchtlings-Bericht von Amnesty International veröffentlicht

Die Situation für Flüchtlinge an der griechischen Grenze zur Türkei hat sich dramatisch verschlimmert. Das stellt Amnesty International in einem heute veröffentlichten Bericht fest. „Flüchtlinge müssen sich vor der griechischen Küstenwache nackt ausziehen, ihre Habseligkeiten werden weggenommen und sie werden mit Waffen bedroht, bevor sie in die Türkei zurückgeschoben werden", sagt Franziska Vilmar, Asylexpertin von Amnesty International in Deutschland. Gegenüber Amnesty berichteten Flüchtlinge außerdem, dass ihnen schwarzmaskierte Männer Pässe und Geld abgenommen haben und sie dann in kleinen Booten in die Türkei zurückschleppten. „Das sind unhaltbare Zustände. Die EU-Kommission muss endlich mit einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland vorgehen", fordert Vilmar.

„Die Grenzpolizei verletzt das Verbot, Menschen in ein Land zurückzuschicken, in dem ihnen Gefahr für Leib und Leben droht", sagt Vilmar. Traurige Berühmtheit erlangte die griechische Insel Farmakonisi in diesem Januar. Elf Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan ertranken, als die griechische Küstenwache ihr Boot in die Türkei zurückschleppen wollte.

„Diese sogenannten Push-Backs verstoßen gegen internationales und europäisches Recht", sagt Vilmar. „Die griechische Regierung muss die Menschenrechtverletzungen an ihrer Außengrenze zur Türkei sofort unterbinden und aufgegriffenen Flüchtlingen ermöglichen, Asyl zu beantragen. Die griechische Regierung darf das Problem nicht länger negieren oder verharmlosen." Amnesty International fordert, dass alle Vorwürfe von Misshandlungen und Verstößen gegen internationales und europäisches Recht untersucht werden.

Für den Bericht „Greece: Frontier of Hope and Fear" („Griechenland: Grenze der Hoffnung und der Angst") wurden zwischen September 2012 und April 2014 148 Flüchtlinge und Migranten befragt, die unter anderem in Abschiebelagern in Griechenland und Bulgarien saßen, oder sich in der Türkei aufhielten. Bereits im Juli 2013 erschien der Amnesty-Bericht „Frontier Europe: Human rights abuses on Greece' s border with Turkey".

Am Dienstag will Amnesty International rund 100 000 Unterschriften gegen Push-Backs an den griechischen Innenminister übergeben. Über 35 000 davon stammen aus Deutschland.

Quelle: Amnesty International 28.4.2014

Roma: Unterschriftenaktion zur Europawahl

Am 25. Mai 2014 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Doch Roma sind für die Herrschenden innerhalb und außerhalb der EU nicht einmal als Souverän des Parlamentarismus von Bedeutung. Stattdessen werden die Mitglieder dieser ethnischen Minderheit seit Jahrzehnten in den Ländern wo sie leben durch öffentliche Stellen oder von diesen geduldet verfolgt, diskriminiert und sozial ausgegrenzt – und dies ist offenbar weder für den Europäischen Rat noch für die Kommission der Rede wert.

Mit einer gemeinsamen Postkartenaktion zur Europawahl appellieren der Landesverband der Deutschen Sinti und Roma und der Flüchtlingsrat Schleswig-Holsteins sowie das Projekt diffairenz im IQ-Netzwerk SH an das Europäische Parlament, sich für eine wirksame europäische Antidiskriminierungspolitik zugunsten von Roma innerhalb und außerhalb Europas einzusetzen.

Sie können die Postkarte – gern auch mehrzählig zum Weiterverteilen beim Flüchtlingsrat SH anfordern: office@frsh.de – und oder sich hier mit einer E-Mail an das Menschenrechtskommitee des Europäischen Parlaments an der Aktion beteiligen.

Quelle: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein 11.4.2014

Roma-Flüchtlinge haben kein „sicheres Herkunftsland"

Mit einem Appell an die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat wenden sich zahlreiche Bürgerrechts- und Flüchtlingsorganisationen gegen einen Gesetzentwurf, der die Staaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien zu „sicheren Herkunftsländern" erklären will. Ziel dieses Gesetzentwurfs ist eine Beschleunigung des Asyl- und Abschiebeverfahrens. Gründliche Prüfungen des individuellen Schutzanspruchs eines jeden Flüchtlings aus den genannten Staaten werden damit gesetzgeberisch verhindert.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat dazu einen Appell initiiert. In dem Appell lehnen die unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen die vorgeschlagene Gesetzesänderung ab. Sie untergräbt den Schutzanspruch insbesondere von Roma-Flüchtlingen aus den Staaten des vormaligen Jugoslawiens.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ziele allein darauf ab, so heißt es in dem Appell, die unerwünschten Roma möglichst rasch wieder in ihre Herkunftsstaaten abzuschieben, in denen sie systematisch diskriminiert und in vielen sozialen Belangen massiv benachteiligt und ausgegrenzt werden. Und weiter heißt es: „Entgegen allen Beteuerungen der Bundesregierung, sich für die Roma-Minderheiten einzusetzen, bleibt die existenzbedrohende Lage von Roma in Südosteuropa ohne Konsequenz. Aus menschenrechtlicher Sicht und aus tatsächlicher Übernahme von Verantwortung für den Völkermord an den Sinti und Roma ist der Gesetzesentwurf abzulehnen."

---

sitzer." Was schlicht und einfach grundfalsch ist, wie NGOs in einer Reaktion darauf sofort aufzeigten: Wer nicht in die französische Rentenversicherung einbezahlt hat, bekommt auch keine Pensionszahlungen heraus; eine (aus Steuern finanzierte) Armutsrente bekommt nur, wer „legal" in Frankreich lebt; wer jedoch keinen Nachweis erbringen kann, über eigene Lebensgrundlagen in Frankreich zu verfügen, bekommt wiederum auch keinen gesetzlichen Aufenthaltstitel. Das von de la Grande ausgemalte Szenario ist also schlicht unmöglich.

Etwas geschickter ging auf diesem Gebiet Robert Ménard, Bürgermeister in Béziers, vor. Er ließ die Bezüge seiner Stadtverordneten um 30 % senken (nicht jedoch die eigenen). Ansonsten eckt Ménard jedoch an. Der parteilose, aber mit Unterstützung des FN gewählte Bürgermeister versuchte, seine Autonomie gegenüber der Partei unter Beweis zu stellen, indem er sich mit außerhalb des FN stehenden… aber mindestens genauso rechtsextremen Beratern umgibt. Er rekrutierte André-Yves Beck, den früheren „Nationalbolschewisten", ehemaligen faschistischen Kroatiensöldner und bis vor kurzem amtierenden Berater von Jacques Bompard in Orange, als Bürochef. Als Amtsleiter (directeur de cabinet) im Rathaus bestellte er Christophe Pacotte, ein Führungsmitglied beim außerparlamentarisch-aktivistischen, neofaschistischen Bloc identitaire. Daraufhin platzte dem FN-Vizepräsidenten Louis Aliot der Kragen: Er monierte öffentlich, Ménard stelle „Leute ein, die so radikal sein, wie der FN niemals sein wird". Ursache ihres Konflikts war jedoch auch, dass Robert Ménard nicht zu einer Europaparlamentswahl-Kundgebung von Marine Le Pen in „seiner" Stadt kommen wollte – im Namen seiner Unabhängigkeit. Inzwischen versuchen beide Herren (Ménard und Aliot) jedoch wieder, die Wogen zu glätten. Robert Ménard verlautbarte, als parteiloser Bürgermeister habe er nicht zu einer Parteiveranstaltung zu gehen, er möge Marine Le Pen jedoch gerne aus diesem Anlass „im Rathaus empfangen".

B.S. Paris

Das Konzept der „sicheren Herkunftsstaaten“, so erklärt das Komitee für Grundrechte und Demokratie, ist grundsätzlich abzulehnen. Gerade bei geflüchteten Roma aus den genannten Ländern kommt es auf eine umfassende, sorgfältige und gewissenhafte Prüfung ihrer vielfältigen Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen an, die zusammen genommen eine schwere Menschenrechtsverletzung darstellen können. Ob einer Person Schutz gewährt werden muss, bleibt immer eine Frage der individuellen Fluchtgeschichte. Alles andere widerspricht den Menschenrechten.

Der vom Komitee für Grundrechte und Demokratie initiierte Appell wird von zahlreichen Bürgerrechts-organisationen, Rechtsanwaltsvereinigungen, Flüchtlingsräten, Sinti- und Roma-Verbänden, Fachanwältinnen und Fachanwälte sowie zahlreichen öffentlichen Personen unterzeichnet. Darunter: PRO ASYL, Humanistische Union, Internationale Liga für Menschenrechte, Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland (JRS), zahlreiche Landesflüchtlingsräte, die drei großen Rechtsanwaltsverbände (DAV, RAV, VDJ), Chachipe, ROM e.V, BundesRomaVerband und der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V., sowie Einzelpersonen wie Prof. Micha Brumlik, Prof. Klaus J. Bade, Prof. Fanny-Michaela Reisin, Prof. Albert Scherr. u.v.a.

Quelle: www.grundrechtekomitee.de 30.4.2014

Münchner Club-Rassismus vor Gericht

MÜNCHEN. Am 30.4. fand die erste von sechs Gerichtsverhandlungen gegen sechs Münchner Clubs auf Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetztes statt. Hamado Dipama, Mitglied des Ausländerbeirats München sowie des Sprecherrats des Bayerischen Flüchtlingsrats, hatte gegen zehn Diskotheken rechtliche Schritte eingeleitet, nachdem ihm und anderen Personen bei einer Testaktion im letzten Jahr der Eintritt verweigert wurde.

Im Auftrag des Ausländerbeirats der LH München besuchte Dipama im April 2013 gemeinsam mit einer Gruppe von insgesamt sieben Personen unterschiedlicher Herkunft 25 Clubs in München. In vier von fünf Fällen wurde den Menschen afrikanischer und türkischer Herkunft der Eintritt verwehrt. Die Begründung: „Nur für Studenten“, „Geschlossene Gesellschaft“ und ähnliches – den beiden deutschen Testpersonen wurde jedoch überall Einlass gewährt.

„Der Test hat bestätigt, was ich und viele Menschen bereits jahrelang erfahren mussten: Rassismus ist im Münchner Nachtleben ein riesiges Problem“, kommentiert Hamado Dipama. „Es kann nicht sein, dass eine große Zahl der MünchnerInnen hier vom öffentlichen Leben ausgeschlossen wird! Mit der Klage möchten wir erreichen, dass Alltagsrassismus endlich thematisiert und bekämpft wird!“

Nach der Testaktion wurde in zehn schwerwiegenden Fällen ein Schlichtungsverfahren initiiert. Während ein Club sich zu einer Antidiskriminierungsschulung verpflichtete und zwei weitere zum Gespräch bereit waren, verweigerten sieben Diskotheken die Teilnahme an den Schlichtungsverfahren. Nun werden sechs Fälle wegen der ausbleibenden Einigung vor Gericht verhandelt.

„Dass der Großteil der Clubs noch nicht einmal an den Schlichtungsverfahren teilgenommen hat, zeigt, dass sie den Rassismus in ihren Clubs verharmlosen“, so Dipama. „Wir hoffen, dass die Gerichtsverfahren nun zu einem Schritt in Richtung eines rassismus- und diskriminierungsfreien Münchens führen!“

Nükhet Kivran, Vorsitzende des Ausländerbeirats der LH München, kommentiert: „Wir begrüßen den mutigen Schritt unseres Mitglieds, sich rechtlich für eine Anerkennung des Rassismusproblems einzusetzen. Alltagsrassismus ist für viele Migranten und MigrantInnen in München und anderswo nicht nur im Nachtleben ein großes Problem. Auf dem Wohnungsmarkt, bei der Arbeitssuche und in vielen anderen Bereichen werden Menschen aufgrund ihrer Herkunft massiv benachteiligt. Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – deswegen sind alle aufgefordert, sich für eine Gleichbehandlung einzusetzen!“

Weitere Verhandlungstermine: 05.05., 09.05., 21.05., 27.06. Amtsgericht München, Pacellistraße 5, Raum B214

Quelle: Gemeinsame Pressemitteilung des Ausländerbeirats der LH München und des Bayerischen Flüchtlingsrats 28.04. 2014

Niedersächsischer Flüchtling in Sakristei in Venedig

Venedig, einst als Flüchtlingsstadt auf schwer zugänglichen Inseln gegründet, hat keinen Platz für einen politischen Flüchtling. Arnoud Touvoli, 25jähriger Musiker von der Elfenbeinbeinküste und in seinem Heimatland bedroht, ist vor vier Wochen aus Niedersachsen abgeschoben worden und seitdem obdachlos in der Lagunenstadt. Besonders tragisch: Der Ivorer war mit seiner Trommelgruppe Trokiwa für den niedersächsischen Integrationspreis „Zuflucht Niedersachsen“ vorgeschlagen und hatte eine Einladung zur Preisverleihung am 23. Juni nach Hannover.

Kurz nach der nächtlichen Abschiebung am 31. April erreichte die evangelische Kirchengemeinde Venedig eine Bitte um Hilfe vom Walsroder Pastor Hans Gerd Paulus. Er und seine Frau waren für Arnould Touvoli, der seit vielen Jahren Waise ist, wie Eltern. Zunächst nahm der ehemalige Hannoveraner Pastor Bernd Prigge den Musiker in seiner Wohnung auf, dann zog er in die Sakristei. Seitdem bemüht sich die nur 100 Mitglieder zählende Gemeinde täglich um eine andere Lösung. Doch sowohl in Venedig als auch in der Provinz Padua gibt es keine Aussichten auf einen Platz im Flüchtlingsheim. Die Unterkünfte sind restlos überfüllt und die Schaffung weiterer Unterbringungen hat angesichts der Krise in Italien keine Priorität. Pastor Prigge kritisiert „Laut Gesetzeslage dürfen Flüchtlinge nur in Länder abgeschoben werden, in den die systemischen Voraussetzungen für die Versorgung und für ein faires Asylverfahren gegeben ist. Zwar ist Italien nach dem Dublin III-Abkommen auch für Arnoud zuständig, weil er über Rom europäischen Boden betreten hat, doch Italien hat keine ausreichende Struktur zur Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden, wie es Bedingung zur Abschiebung ist. Das mussten wir nun selbst erfahren.“ Die Lage in Italien sei sehr ernst und die wirtschaftliche Lage triebe viele, selbst junge Menschen, in den Selbstmord. Davon berichten die Zeitungen täglich. So haben Flüchtlinge zurzeit keine Lobby, im Gegenteil. Italien, das selbst stets nur Auswanderungsland war, erlebe eine Einwanderungswelle und kann damit nur schwerlich umgehen. Selbst in Venedig, täglich von 60 000 Touristen aufgesucht, ist es befremdlich, wenn sich ein Afrikaner an der Kirchentür zu schaffen macht, um in die Sakristei zu kommen. Prompt wurde er von Polizisten mitgenommen…..

Im gestrigen Gottesdienst besuchte die Pfarrfrau Eva Paulus die Gemeinde und bedankte sich für ihr Engagement und unterstrich, dass Arnoud Touvoli nicht nur Flüchtling sei, sondern ein begabter Musiker mit einer vielversprechenden Zukunft, wenn man ihn denn ließe. Sie zeigte sich enttäuscht von der niedersächsischen Kampagne „Zuflucht Niedersachsen“ unter der Schirmherrschaft von Doris Schröder-Köpf, die nicht das praktiziert, was sie vorgibt.

Derweil wird die Lage für den 25jährigen Ivorer immer ernster. Er ist nur mit einem kleinen Rucksack ohne genügend Kleidung angekommen. Die Unterbringung in der Sakristei ist nur ein Provisorium. Doch anderweitige Übernachtungen sind nur schwerlich möglich: Ohne Pass bekommt er kein Zimmer, doch auch ohne Bleibe keine Aufenthaltsgenehmigung.

Die kleine evangelische Gemeinde in Venedig sorgt sich um ihren Gast in der Sakristei. Sie weiß auch selbst um ihre Wurzeln: Sie wird vor allen Dingen getragen von Mitgliedern, die selbst einst nach Italien immigrierten.

Quelle: www.kirche-venedig.de 28.04.2014

Demonstration anlässlich der Innenministerkonferenz am 12.06.2014

Bleiberecht jetzt!

Die fundamentalen Menschenrechte werden Flüchtlingen aufgrund von „migrationspolitischen Erwägungen“ seit Jahrzehnten verweigert. Wir sehen darin eine Abschreckungsstrategie, damit möglichst wenige Menschen nach Deutschland kommen. Doch Fakt ist: Die Zahl der Schutzsuchenden in Deutschland steigt jährlich. Derzeit sind in Deutschland ca. 95 500 Flüchtlinge geduldet, die Hälfte davon sogar schon länger als sechs Jahre. Geduldet zu sein bedeutet, in ständiger Unsicherheit und Angst vor einer Abschiebung zu leben. Dazu kommt noch eine Reihe von diskriminierenden Sondergesetzen, wie Ausbildungs- und Arbeitsverbote, Residenzpflicht, Wohnen in Lagern, Versorgung mit Essenspaketen oder Gutscheinen und vieles mehr. Im Koalitionsvertrag wurde festgehalten, dass es eine Bleiberechtsregelung für Langzeitgeduldete geben soll, wenn diese als „integriert“ gelten, arbeiten, deutsch sprechen und mindestens 6 Jahre als Familien oder 8 Jahre als Alleinstehende in Deutschland leben. Diese Regelung lässt nicht nur auf sich warten, sondern ist keine Lösung für das Problem der Kettenduldungen. Die Mindestaufenthaltszeiten sind unzumutbar lang, wer zu krank oder zu alt ist wird meist nicht von dieser Regelung profitieren können und schon kleinere Delikte, wie wiederholtes Fahren ohne Ticket, führen zu einem Ausschluss von der Regelung. Der Fisch stinkt vom Kopf: Es wird Integration verlangt, aber während der jahrelangen Duldung ist eine Teilhabe oft kaum möglich, da Jugendlichen nach der Schule die Ausbildung verboten oder erschwert wird, Sprachkurse nicht gewährt werden und (faktische) Arbeitsverbote bestehen. Wir sagen zu den Innenministern: Wer Integration fordert, muss zunächst gleiche Rechte und eine echte Willkommenskultur schaffen!

Noch schlimmer ist die Situation für „Menschen ohne Papiere“, denn sie haben keinerlei Zugang zu Bildung, angemessener Gesundheitsversorgung und auch keinen Anspruch auf Sozialleistungen.

Abschiebungen nach Afghanistan stoppen, Dublin III kippen!

Die Innenminister entscheiden zudem darüber in welche Länder abgeschoben wird. Derzeit wird nicht einmal vor Abschiebungen in Bürgerkriegsländer haltgemacht. So finden weiterhin Abschiebungen nach Afghanistan statt, obwohl dort eine katastrophale Sicherheitslage herrscht. Bei der diesjährigen Innenministerkonferenz in Bonn soll entschieden werden, ob die Abschiebungen nach Afghanistan gestoppt werden. Wir Jugendliche ohne Grenzen (JoG) fordern, dass alle Abschiebungen nach Afghanistan sofort gestoppt werden müssen!

Die steigende Zahl von Abschiebungen in andere europäische Länder ist besorgniserregend. Viele Flüchtlinge kommen aus Italien, Ungarn, Bulgarien oder anderen EU-Ländern nach Deutschland, da sie dort ohne staatliche Hilfe auf der Straße leben müssen, Gewalt ausgesetzt sind, monatelang Inhaftiert werden oder keine Chance auf ein faires Asylverfahren haben. Ohne Anhörung ihrer Fluchtgründe droht diesen die Abschiebung, da nach der Dublin-Verordnung das Ersteinreiseland für den Asylantrag zuständig ist. Anträge von Asylsuchenden, die über ein anderes europäisches Land nach Deutschland eingereist sind, finden hier dadurch keine Beachtung. Die Innenminister können und müssen diese Abschiebungen stoppen. Gleichzeitig fordern wir die Abschaffung der Dublin-Verordnung auf EU-Ebene.



Demonstration in Frankfurt/M. am 17.3.2014 Quelle: http://kompass.antira.info/

Syrien: Aufnahmeprogramm nicht nur für Reiche!

Großes Lob haben die Innenminister für die Aufnahme von weiteren 5000 syrischen Flüchtlingen bekommen, so dass insgesamt 10 000 Menschen nach Deutschland kommen können. Das Prinzip des neuen Programms ist allerdings: Gute Chancen hat nur wer Angehörige hat, die für den Lebensunterhalt aufkommen und Wohnraum bieten können – dies ist für Normalverdiener meist unmöglich. Wir fordern daher ein Schutzprogramm nicht nur für Reiche! Das Kontingent ist zudem viel zu gering – die Türkei hat beispielsweise fast eine Millionen Syrer aufgenommen.

Rassistischen Angriffen und Hetze entgegentreten!

Die Zahl der rassistischen Angriffe auf Flüchtlinge in Deutschland hat sich in 2013 mehr als verdoppelt. Tendenz steigend: Alleine in den ersten zwei Monaten in 2014 gab es 21 Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte – darunter 13 Brandanschläge. Eine aufgeladene politische Stimmung, oft befeuert durch Aussagen der Innenpolitiker, Unkenntnis und falsche Fakten zur Lebenswirklichkeit Asylsuchender sind der Boden für menschenverachtende Stimmungsmache gegen Flüchtlinge. Gemeinsam müssen wir Angriffen und rassistischer Hetze entgegentreten!

Um diese und viele andere entwürdigende Zustände endlich zu ändern, protestieren wir – Jugendliche ohne Grenzen (JoG) – bei dieser Innenministerkonferenz (IMK) 2014 in Bonn!

Wir laden euch alle zu unserer Demonstration unter dem Motto: „Willkommenskultur! Bleiberecht für ALLE, jetzt sofort!“ ein!

Kommt alle zur Demo, am 12.06.2014 um 17 Uhr am Münsterplatz in Bonn und wählt dann mit uns gemeinsam den Abschiebeminister des Jahres 2014.

WIR FORDERN:

- **Bedingungsloses Bleiberecht für ALLE!**
- **Die Abschaffung ALLER ausgrenzenden Gesetze und Regelungen, wie z.B. Residenzpflicht, Asylbewerberleistungsgesetz und Lagerunterbringung!**
- **Die Legalisierung von Menschen ohne Papiere!**
- **Chancengleichheit bei Bildung, Ausbildung und Arbeit!**
- **Abschaffung der Dublin-Verordnung!**
- **Abschaffung der Abschiebehaft!**
- **Vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention für Flüchtlingskinder – auch in der Praxis!**
- **Das Recht für unsere abgeschobenen Freunde und Freundinnen, in ihre Heimat Deutschland zurückzukehren!**

Quelle: Jugendliche Ohne Grenzen 30.04.2014

Völkerrechtswidrige Pushbacks in Melilla

Die Menschenrechtsorganisation Prodein hat Anzeige erstattet gegen die wiederholte völkerrechtswidrige Zurückweisung von Flüchtlingen nach Marokko, ohne dass ihnen in der spanischen Enklave Zugang zu einem Asylverfahren gewährt wurde. Hierfür agieren inzwischen auch marokkanische Sicherheitskräfte auf spanischem Gebiet.

Gestützt wird die Anzeige gegen den spanischen Regierungsabgeordneten in Melilla und den Chef der Guardia Civil unter anderem durch mehrere Videoaufnahmen von Prodein. Diese zeigen unter anderem wie Menschen durch Tore im Zaun der Grenzanlagen den marokkanischen Sicherheitskräften übergeben oder auch wie sie beim Versuch, die Enklaven schwimmend zu erreichen, von Booten der spanischen Guardia Civil noch im Wasser zurück nach Marokko gezogen werden. Diese sogenannten „heißen" – also umgehenden – Abschiebungen sind nach internationalem Recht nicht erlaubt.

Marokkanische Sicherheitskräfte auf spanischem Gebiet

Für besonderes Aufsehen sorgten die Geschehnisse am 28. März. Nach Informationen des spanischen Innenministeriums versuchten an diesem Tag, aufgeteilt in drei Gruppen, ca. 800 Menschen die Grenzzäune zwischen Marokko und der spanischen Enklave Melilla zu überwinden. Nur sechs von ihnen sollen offiziellen Angaben zufolge nach Melilla gelangt sein. Ein wenige Tage später von Prodein veröffentlichtes Video zeigt jedoch, dass es deutlich mehr Menschen auf spanisches Gebiet schafften.

Doch eine Möglichkeit, Asyl zu beantragen, bekamen sie nicht. Stattdessen wurden sie umgehend abgeschoben: In der Aufnahme von Prodein ist zum ersten Mal zu sehen, wie marokkanische paramilitärische Einheiten die spanischen Grenzanlagen betreten, Flüchtlinge, die sich zwischen und auf den Grenzzäunen befinden, festnehmen und durch ein Tor zurück auf marokkanisches Gebiet bringen – nach Informationen von Prodein kein Einzelfall.

Spanische Behörden definieren Territorium neu

An der Aufklärung solcher Vorfälle scheint es auf staatlicher Seite kein Interesse zu geben. Die Videoaufnahmen der Überwachungskameras im Grenzgebiet hält die spanische Regierung offenbar weiterhin unter Verschluss. Angesprochen auf die Massenrückführungen definieren spanische Behörden das spanische Territorium teilweise neu: „Erst wer beide Grenzzäune überwunden hat, ist in Spanien" so die Aussage des regierenden Bürgermeisters von Melilla, Juan José Imbroda.

Ähnlich äußerte sich auch der Vertreter des Innenministeriums in Melilla, Abdelmalik el Barkani. Der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy stellte fest, dass illegale Einwanderung „inakzeptabel" sei und kündigte an, diese weiterhin „sehr entschlossen" zu bekämpfen. Die Regierung plant, die Grenzanlagen weiter aus zu bauen.

Organisationen fordern Untersuchung der Vorfälle

Unterdessen veröffentlichte auch eine Gruppe weiterer spanischer Organisationen einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen der beiden spanischen Enklaven. In diesem werfen die Organisationen den Behörden eine Verletzung der Europäischen Standards, der Genfer Flüchtlingskonventionen und der Menschenrechte vor. Die Organisationen fordern die Europäische Kommission auf, die beschriebenen Vorwürfe zu untersuchen und ggf. ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Spanien einzuleiten.

Die Praxis spanischer Behörden, Menschen, die sich auf der Flucht befinden, völkerrechtswidrig zurück zu schieben ist nicht neu. Erst gestern wurde wieder ein Video veröffentlicht, welches spanische Sicherheitskräfte letzten Donnerstag bei einer Zurückweisung von (zum Teil verletzten) Flüchtlingen vom spanischen Territorium nach Marokko zeigt.

Neue Qualität der illegalen Zurückführung

Doch mit der Festnahme von geflüchteten Menschen durch marokkanische Sicherheitskräfte auf spanischem Hoheitsgebiet erreicht die nach internationalem Recht illegale Zurückführung von Flüchtlingen an der spanischen Außengrenze eine neue Qualität.

Eine Entschärfung der Situation in den spanischen Enklaven zeichnet sich nicht ab. Das Auffanglager in Melilla platzt aus allen Nähten. Obwohl es nur für 480 Personen ausgelegt ist, werden dort zurzeit mehr als 1800 Menschen untergebracht. Die Regierung bringt nur die wenigsten Flüchtlinge auf die iberische Halbinsel.

Seit Anfang des Jahres schafften es offiziellen Angaben zufolge über 1000 Menschen, die Grenzanlagen zur spanischen Exklave Melilla zu überwinden. Dass in letzter Zeit mehr Menschen versuchen über die Grenzanlagen der spanischen Enklaven zu gelangen, könnte sich schon daraus erklären, dass mit zunehmender Abriegelung der europäischen Außengrenzen nur wenige Engstellen bleiben, an denen Flüchtlinge versuchen, nach Europa zu gelangen.

Quelle: http://www.proasyl.de 29.04.2014

Abschiebehaft in Deutschland rechtswidrig

Büren/Luxemburg: Die Praxis der Abschiebehaft, wie sie in NRW und vielen weiteren Bundesländern vollzogen wird, ist unrechtmäßig. Dieses stellte heute der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), Yves Bot, fest. Mehrere tausend Menschen waren somit in Deutschland zu unrecht inhaftiert.

Dürfen Abschiebegefangene in Deutschland mit Strafgefangenen zusammen untergebracht werden wenn es Abschiebegefängnisse gibt, in denen das nicht der Fall ist? Mit dieser Frage setzt sich aktuell der EuGH (Aktenzeichen: C-473/13) auseinander. Heute hat der Generalanwalt Bot seinen Schlussantrag gehalten. Er äußerte sich klar und deutlich dazu, dass die Praxis, wie sie in Deutschland in vielen Bundesländern vollzogen wird, unrechtmäßig ist. Bot dazu wörtlich: „Nach alledem ist daher Art. 16 Abs. 1 der Richtlinie meines Erachtens dahingehend auszulegen, dass er einer Regelung eines Mitgliedstaates entgegensteht, die es aufgrund seiner föderalen Struktur den Bundesländern erlaubt, abzuschiebende Drittstaatenangehörige in einer gewöhnlichen Haftanstalt in Haft zu nehmen."

In 80 Prozent der Fälle folgt der EuGH dem Schlussantrag des neutralen Generalanwaltes, so dass davon auszugehen ist, dass auch das Urteil, welches im Sommer erwartet wird, gleichen Inhalt hat. In vielen Bundesländern wäre Abschiebehaft damit unrechtmäßig vollzogen worden, u. a. in der JVA Büren, Deutschlands größtes Abschiebegefängnis.

„Mehrere Tausend Menschen sind somit unrechtmäßig inhaftiert worden", so Frank Gockel, Pressesprecher des Vereins ‚Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.', „dieses war den Verantwortlichen auch bewusst." Gockel kritisiert, dass der Grundsatz in dubio pro libertate (im Zweifel für die Freiheit) nicht eingehalten wurde. Er fordert das Innenministerium für Inneres und Kommunales NRW auf, die Abschiebehaft aller Betroffenen bis zur endgültigen Entscheidung des EuGH auszusetzen.

Quelle: Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V. 30.04.2014

Doppelte Staatsbürgerschaft: Auch künftig nicht für alle

In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern müssen sich bislang bis zum 23. Lebensjahr entscheiden, welche Staatsangehörigkeit sie behalten wollen. Union und SPD wollen den Optionszwang reformieren – doch nicht alle jungen Erwachsenen werden beide Pässe behalten dürfen. Kinder aus Einwandererfamilien sollen ab ihrem 21. Geburtstag dauerhaft die doppelte Staatsbürgerschaft bekomme können, wenn sie acht Jahre in Deutschland gelebt haben oder hier sechs Jahre lang zur Schule gegangen sind. Stellen die jungen Leute keinen Antrag, prüfen die Behörden im Melderegister, ob diese Voraussetzungen erfüllt sind. Ersatzweise verlangen sie ein deutsches Schulabschlusszeugnis oder Ausbildungsnachweis. Im Zweifelsfall kann der deutsche Pass entzogen werden.

Bei Eltern aus der EU, der Schweiz oder den 42 Länder, die prinzipiell nicht aus der Staatsangehörigkeit entlassen wurden, greift der Optionszwang nicht. Junge Türken hingegen stehen bislang vor einer schwierigen Wahl. Gewerkschaften und Migrationsverbände kritisieren den Regierungskompromiss scharf: „Rechtsunsicherheit und Ungleichbehandlung bleiben bestehen", heißt es in einem offenen Brief an SPD-Chef Gabriel. Die Optionsregelung „widerspricht dem Selbstverständnis und der Realität einer modernen Einwanderungsgesellschaft." Unterschrieben ist der Brief unter anderem von DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

„Sicher ist das Recht auf Beibehaltung beider Staatsangehörigkeiten für einen Großteil der bisher von der Optionspflicht Betroffenen ein wesentlicher Fortschritt", sagt Buntenbach in einem Kommentar auf www.migration-online.de. Die Optionspflicht habe Kinder ausländischer Eltern zu „Deutschen auf Abruf" gemacht. Die geplante Änderung sei jedoch „kein Beleg für die neue Willkommen", so Buntenbach. Zudem sei für alle, die wegen der Optionspflicht bereits eine Staatsangehörigkeit verloren haben, derzeit kein Anspruch auf Wiedereinbürgerung vorgesehen.

Quelle: Publikation „Forum Migration Mai 2014"

Bleiberecht großzügig ausgestalten

Berlin. „Die neue Bleiberechtsregelung der Bundesregierung mit dem Ausweisungsrecht zu vermischen ist fachpolitisch abseitig und soll wohl die Stammtisch-Gelüste der Union befriedigen", so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum nun bekannt gewordenen Referentenentwurf zur Aufenthaltsgesetz.„Es ist zu befürchten, dass die Koalition ein weiteres Mal die Chance vertut, eine wirklich großzügige und damit auch wirksame Regelung zu schaffen. Mit der überwiegend eigenständigen Lebensunterhaltssicherung und weiteren Kriterien als Bedingung für eine Aufenthaltserlaubnis werden Hürden geschaffen, die viele der Betroffenen absehbar nicht überwinden können. Sie waren über Jahre Opfer gezielter Ausgrenzungspolitik, beispielsweise indem sie systematisch vom Arbeitsmarkt ferngehalten und in ihrer Mobilität eingeschränkt wurden. Ein Bleiberecht für Menschen, die über lange Jahre aufenthaltsrechtlich nur geduldet wurden, muss auf jegliche Hürden verzichten." *Ulla Jelpke, MdB, 6.5.2014*

:ankündigungen, rezensionen

Über „Sarrazins Correctness"

In seinem neuen Bestseller „Vom neuen Tugendterror" beklagt Thilo Sarrazin – ungeachtet der Millionenauflage, die seine Machwerke erzielt haben –, dass die Meinungsfreiheit für ihn und seinesgleichen durch die Ideologie der „political correctness" eingeschränkt sei. Der Sozialwissenschaftler Andreas Kemper vermutet, dass Sarrazin Kritik für Zensur erklärt, um sich mit ihr nicht ernsthaft auseinandersetzen zu müssen.

Mit „dem politischen Schlagwort ‚Politische Korrektheit' (greift Sarrazin) das Streben nach einer Verbesserung der Menschenrechtslage" an und befürwortet Disziplinierungen und Bevölkerungskorrekturen.

Sarrazins Thesen fußen auf reaktionären Ideologien, die weit ins vorige Jahrhundert zurückreichen. Als Beispiele dieser elitären Attacken auf ArbeiterInnen und Angehörige der Unterschichten erörtert Kemper u.a. die Tradition elitären Denkens, sozialeugenische Konzepte, sog. Korrektionsanstalten oder „preußische Tugenden".

Der Erfolg Sarrazins ist Ausdruck einer Verrohung einer gut situierten Mittelschicht. Hier wird einer Entsolidarisierung mit den sozial Deklassierten das Wort geredet. Zur Käuferschicht der Sarrazin-Bücher schreibt die Süddeutsche Zeitung: „Im jungen und mittleren Alter fühlen sich die Besserverdiener und Aufsteiger von Sarrazins Thesen überdurchschnittlich angesprochen, bei den Älteren ist es die Mittelschicht." *F* ■

Andreas Kemper, Sarrazins Correctness. Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen, Unrast-Verlag, Münster 2014, 178 S., 13 Euro

Kerstin S. Jobst: Geschichte der Ukraine

Weder war die Mehrheit derjenigen, die am Maidan-Platz demonstrierte, „Faschisten", noch gibt es den geringsten Anlass die jeweiligen imperialistischen Interessen der EU, der USA oder Russlands außer Acht zu lassen. Und ebenso wenig kann die Gefahr von (extrem) rechts in der heutigen Ukraine heruntergespielt werden. Zu verstehen sind die aktuellen Vorgänge in der Ukraine nur, wenn man/ frau ihren geschichtlichen Vorlauf kennt. Das vorliegende Buch gibt einen ersten, guten Einblick.

Das Reclam Sachbuch zeigt die historische Entwicklung in den „ukrainischen Ländern" vom 9.Jahrhundert bis 2010. Von Anfang an waren diese Gebiete multiethnisch zusammengesetzt. Die erste ostslawische Staatsgründung (eher „Herrschaftsverdichtung"), die „Rus", die durch die Achse Nowgorod-Kiew entstand, war ein Produkt der nordischen Waräger, die bald in den Slawen aufgingen (S. 51 ff).

Die folgenden Jahrhunderte waren mehr als wechselhaft: u.a. Mongolenherrschaft; Zugehörigkeit zu Polen/ Litauen(S. 77ff); relative Autonomie von Kosakenhetmanaten; Einverleibung durch das zaristische Russland durch den Vertrag („Schwur") von Perejaslaw 1654 (S. 96); Habsburger-Herrschaft in den westlichen Gebieten nach der Teilung Polens Ende des 18. Jahrhundert.

Die ukrainische Nationalbewegung erlebte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen beträchtlichen Aufschwung – etwa durch den der bedeutenden Schriftsteller Taras Schewtschenko.

Das Ende des Ersten Weltkriegs, der Sturz des Zarismus führte zu ständigem Machtwechsel (dieses Hin und Her findet in Bulgakows „Die Weiße Garde" einen berühmten literarischen Niederschlag): so mussten die Bolschewiki Kiew viermal erobern (S. 178)!

Schon damals dienten sich rechte ukrainische Nationalisten den Mittelmächten bzw. dem – späteren – polnischen Diktator Pilsudski an. Wie viele nationalistische Bewegungen in Mittel- und Osteuropa hatten sie autoritäre, (halb)faschistische Vorstellungen. Die junge ukrainische Sowjetrepublik konnte erste Erfolge erzielen, war politisch attraktiv(S. 178ff). Der Sieg des Stalinis-

mus (Zwangskollektivierung, völlig unrealistisches Akkumulationsmodell, Terror-Herrschaft) machte jedoch alles zunichte. Er führte nicht nur zu den obligaten „Säuberungen“ und nationaler Unterdrückung, sondern auch zu gigantischen Hungerkatastrophen – dem „Holodomor“ – , dem Millionen (!) zum Opfer fielen – und der bis zum heutigen Tag das Massenbewusstsein prägt (S. 219ff).

Auch im Zweiten Weltkrieg schlugen sich viele rechte Nationalisten auf die Seite der Nazis (Bandera etc.). Nicht wenige UkrainerInnen waren willige (Mit)täter: etwa in der SS-Freiwilligen-Division „Galizien“ (S.195) oder bei der Ermordung jüdischer MitbürgerInnen (Babij Jar!).

Der Wiederaufbau des zerstörten Landes stand erneut unter stalinistischem Vorzeichen. Dabei gab es durchaus widersprüchliche Entwicklungen: zwischen 1963 und 1972 war Petro Schelest KP-Vorsitzender. Er setzte eine Reihe „proukrainischer“ Aktivitäten (S. 214ff) kombiniert mit „Härte“ in der Außenpolitik (etwa gegen den „Prager Frühling“).

Nach dem Tschernobyl-Desaster und dem Entstehen einer breiten Protestbewegung in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre fegte 2004 die „orangene Revolution“ das geschwächte Regime hinweg. Die negativen Erfahrungen mit dem (Post-)Stalinismus, der von vielen mit dem Sozialismus insgesamt gleichgesetzt wurde, und eine schwache (undogmatische) Linke brachte das Gespann Juschtschenko / Timoschenko (plus Oligarchen) an die Macht. Schon bald brach es aus Unfähigkeit/ Streitereien auseinander.

2010 folgte Janukowitsch aus der mehrheitlich russisch sprechenden Ostukraine- mit seiner „Partei der Regionen“ (und seinen Oligarchen). Auch er verschaffte dem Land keinen Aufschwung. Im Gegenteil: Kenner der Lage sprechen von einem „Krieg gegen die Armen“, den seine Regierung führte. Nicht einmal um die Tschernobyl -Opfer kümmerte man sich... Alles in allem hatte sich ein gewaltiges Konfliktpotential angesammelt, das jetzt (2013/ 14) explodierte,

Das Buch hat seine Meriten, was die Historie oder die Entwicklung der ukrainischen Sprache betrifft (S. 63ff). Die verschlungenen Wege der ukrainischen Nationsbildung (S.114 ff.) werden sichtbar, man/ frau begreift den komplexen Charakter der behandelten Probleme- dass jegliches Schwarz-Weiß-Denken inadäquat ist.

Schwach ist die Autorin auf theoretischem Gebiet: „Dem“ Marxismus wird -in Unkenntnis der realen Sachlage – vorgeworfen zur nationalen Frage wenig hervorgebracht zu haben (S.179). Lenins Wirken auf diesem Gebiet wird kaum erwähnt, ebenso die revolutionäre Nationalitätenpolitik der „ersten Stunde“, die zur Unabhängigkeit Finnlands und der baltischen Länder führte. Kerstin S. Jobst bezieht sich hingegen fast nur auf Stalin (ebd). Die Etablierung der stalinistischen Bürokratie fungiert bei ihr als bloßer „Elitenaustausch“(S.183)- in Wirklichkeit handelte es sich um eine gänzlich andere Politik- hinsichtlich Wirtschaft, Demokratie oder Internationalismus. Trotzki schlug etwa in den 30er-Jahren eine unabhängige Ukrainische Sowjetrepublik vor!

Auch die (aktuelle) Linke oder die Gewerkschaften werden kaum behandelt.

Um sich in den „Komplex“ Ukraine einzuarbeiten, als „starting point“ kann das leicht lesbare und billige Buch aber durchaus empfohlen werden.

Hermann Dworczak ■

Kerstin S. Jobst Geschichte der Ukraine. Reclam Sachbuch 2010 Stuttgart, 256 Seiten. 7,20 Euro

„Berliner Zustände 2013“

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) und das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz) haben die mehr als hundertseitige Broschüre „Berliner Zustände 2013“veröffentlicht. Der Schwerpunkt des Schattenberichts liegt dieses Jahr auf der Situation Geflüchteter. Er beschäftigt sich beispielsweise mit dem rassistischen Diskurs im Zusammenhang mit der Eröffnung der Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf. Im letzten Jahr gründete sich die „Bürgerinitiative Marzahn-Hellers-dorf“, die auf Facebook gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft hetzte. Bald darauf kam es zu einer Versammlung von Nazis und Anwohner_innen vor der Unterkunft. Es herrschte nicht nur einmal Pogromstimmung.

Ein anderer Artikel zeigt die restriktive Asylpolitik der BRD auf. Die asylpolitischen Bedingungen in der Bundesrepublik sind nach wie vor menschenverachtend: Die medizinische Versorgung Geflüchteter ist katastrophal. Nur bei akuten Schmerzen, die Sozialämter oft nicht anerkennen, wird ein Arztbesuch genehmigt. Illegalisierte Menschen trauen sich aus Angst vor Festnahmen oft gar nicht in ärztliche Behandlung. Auch der Schulbesuch, der eigentlich gesetzlich vorgeschrieben ist, wird Flüchtlingskindern nicht selten verwehrt. In weiteren Artikeln werden die globalen Zusammenhänge der menschenverachtenden Flüchtlingspolitik erläutert. So gibt es etwa einen Artikel zu den Zuständen auf Lampedusa und zu den Menschenrechtsverletzungen in den Ländern Nordafrikas, die der EU bei der Grenzsicherung tatkräftig zur Seite stehen. Die Erfolgen der Flüchtlingsproteste, die 2012 in Würzburg begannen und aus denen die Besetzung des Oranienplatzes in Berlin hervorging, werden dargestellt. Sehr lesenswert sind auch zahlreiche erschreckende Artikel zu (institutionellem) Rassismus in der BRD. Dieser wird beispielsweise anhand der Artikel „Rassismus vor Gericht – Eine Prozessbeobachtung“ oder „Racial Profiling – Mehr als ein Polizeiproblem!“ beleuchtet. Zu institutionellem Rassismus sei zudem verwiesen auf das Vorwort des Nebenklage-Vertreters im NSU-Prozess Mehmet Daimagüler, der zwei Opferfamilien vertritt.

Die hoch lesenswerte Broschüre steht zum Download bereit (http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/04/MBR_Schattenbericht_2013_WEB_Einzelseiten.pdf).
Die Printversion kann gegen eine Schutzgebühr direkt bei der MBR und dem apabiz abgeholt, sowie per e-Mail bestellt werden.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Träume vom eurasischen Großraum

„Vor allem im Westen der Ukraine wurden die Lenin-Statuen als verhaßte Symbole der Sowjetherrschaft gleich reihenweise gestürzt, im mehrheitlich russischen Osten und Süden – auch auf der Krim – bewachen Bürgerkomitees und Kosaken ‚ihren Lenin'". Wer meint, dieser Satz sei eine Beschreibung aus einer linken Zeitung, liegt gründlich daneben – er steht im Titelbeitrag der Maiausgabe von ZUERST!, das sich schwerpunktmäßig mit Russland, bzw. der westlichen Politik gegenüber Russland befasst. „Angst vor Putin – Propagandaschlacht gegen Rußlands starken Mann" lautet das Titelthema der Ausgabe, illustriert von drei Jugendlichen, die dem interessiert scheinenden russischen Staatschef, offenkundig völlig angstfrei, etwas auf einem Laptop zeigen.

Auch der führende Funktionär der äußerst rechten österreichischen FPÖ, JOHANN GUDENUS, schlägt ungewohnte Töne an: „Die FPÖ positioniert sich ganz klar als Friedens- und Verständigungspartei". Verbundenheit der Menschen mit Lenin und pazifistisch klingende Parolen wo sonst Antikommunismus und Kriegsbegeisterung herrscht – was ist los im rechten Lager? Ist der Unterschied zwischen links und rechts, zwischen rot und braun womöglich tatsächlich von gestern und durch die politischen Entwicklungen in der Welt obsolet geworden, wie es immer mal wieder (meist von rechts) propagiert wird?

Einige Aussagen im Titelbeitrag von Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER, MARKUS SCHWERDTFEGER und NASTASIA LORENZ scheinen darauf hinzudeuten: Der ausgesprochen russophile Bericht von der Krim oder die Beschreibung der jüngsten russischen Geschichte aus dem Mund des russischen Geopolitikers ALEXANDER DUGIN, der laut Aussage der Autoren „als das ‚Gehirn' hinter Putins Politik" gilt: „An Gorbatschow und Jelzin läßt Dugin folglich kein gutes Haar. Gorbatschow gilt als Landesverräter, der die Sowjetunion verhökert hat. Der letzte Staatschef der UdSSR habe sein Land sozusagen dem Westen politisch übergeben, und unter seinem Nachfolger Jelzin sei Rußland vom Westen ausgeplündert worden. Unter Jelzin wurde die Privatisierung der russischen Wirtschaft eingeleitet, es blühte der Raubtierkapitalismus…. Auch außenpolitisch hätten Gorbatschow und Jelzin ‚versagt, wo man nur versagen konnte', analysiert Dugin schonungslos. An einer Europakarte zeigt der Politologe, wie sich die Grenze der NATO nach Osten verschoben hat. ‚Moskau unter Jelzin hat dieser Entwicklung nichts, wirklich gar nichts entgegengesetzt.' Als die NATO 1999 den Krieg gegen einen der engsten Verbündeten Rußlands Serbien – geführt habe und Belgrad bombardiert wurde, habe Jelzin den Bündnispartner ‚eiskalt verraten'….Wenn Alexander Dugin über die Zeiten unter Gorbatschow und Jelzin redet, dann spricht er über die ‚dunklen Jahre', Rußland sei in dieser Zeit zur ‚Kolonie Washingtons' verkommen."

Man muss schon genauer hinsehen, um zu bemerken, dass sich hinter der neuen Freundschaft mit Russland keineswegs eine inhaltliche Wandlung zu einer Friedens- oder gar antifaschistischen Politik verbirgt. „Die Krim sei der Ort des zentralen russischen Mythos, ‚das russische Jerusalem', wie Dmitri es nennt. Denn dort ließ sich im Jahr 988 Zar Wladimir taufen und öffnet Rußland so dem Christentum". Bezogen wird sich also auf eine mythische nationale Vergangenheit, die als Grundlage einer völkischen, also rechten, Politik dient. An zwei Stellen wird von den Autoren bzw. der Autorin auf die jüdische Herkunft von Oligarchen hingewiesen, ohne dass dies einen wirklichen Bezug zum Inhalt hat. Dem alten Antisemitismus der deutschen Rechten wird also immer noch gefrönt.

Hinter der neuen Liebe zu Russland steckt in erster Linie der Versuch, ein neues politisches Machtzentrum, dass sich gegen die Herrschaftsansprüche der USA richtet, zu etablieren: „Alexander Dugin spricht in diesem Zusammenhang von der ‚Rückkehr der Multipolarität'. Zu Deutsch: Hat seit dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989/1990 der Westen mit Hilfe der NATO die Weltpolitik dominiert, also ‚unipolar' agiert, ist nun die Konkurrenz aus dem Osten wieder da – ‚dank Putin', wie Alexander Dugin hinzufügt… Denn hinter dem neuen russischen Selbstbewußtsein steht die Idee des eurasischen Großraumes, sozusagen ein attraktives Alternativangebot zum transatlantischen Bündnis". Den eurasischen Großraum hatten auch die Nazis als Ziel, verbunden allerdings mit der Vernichtung Russlands und der Russen.

Eine inhaltliche Bestimmung gibt es für den angestrebten eurasischen Block nicht: „Doch welche politische Agenda wird dieses neue Machtzentrum unter Putin verfolgen? Warum sollte es attraktiver sein, sich mit Moskau zu verbünden statt mit Washington? Alexander Dugin: „Das eurasische Angebot ist, daß jeder Mitgliedsstaat seine gesellschaftspolitische Agenda so ausführen kann, wie er möchte. Es wird von Moskau oder irgendeinem Kommissariat keine gesellschaftspolitischen Richtlinien geben. Es wird ein strategisches Wirtschaftsbündnis sein, und auch eine solidarische Allianz, die sich im Notfall gegenseitig verteidigt". Es soll also auch eine militärische Komponente geben.

Überhaupt, es geht nicht um irgendwelche hehren Ziele wie Souveränität oder Freiheit – es geht um Macht: „Es sei ‚völlig logisch, daß Washington und Brüssel nun ganz besonders den Bündnispartner Deutschland' in die Pflicht nehmen würden, analysiert Alexander Dugin. ‚Mit Berlin steht und fällt das gesamte transatlantische Projekt in Europa´. Selbst Lenin hätte das schon gewußt, lacht Dugin und zitiert den bolschewistischen Revolutionär: ‚Wer Berlin hat, hat Deutschland. Und wer Deutschland hat, hat Europa'."

In die gleiche Kerbe schlägt der bereits oben erwähnte FPÖ-Spitzenfunktionär Johann Gudenus: „Uns Europäer verbindet mit Rußland wesentlich mehr als beispielsweise mit den USA. Angesichts des antirussischen Mediengewitters würde man das vielleicht nicht denken, es ist aber so. Wir sollten uns also fragen: In wessen Interesse ist es also, daß Europa und Rußland nicht zusammenrücken? Und da fällt einem die Antwort nicht schwer: Washington will dies um jeden Preis verhindern… Rußland braucht Europa, und Europa braucht Rußland. Beide brauchen einander mehr, als sie die USA brauchen. Streiten sich Rußland und Europa, dann lacht der Dritte – Washington. Ich glaube aber fest daran,daß sich die Vernunft durchsetzen wird. Bald wird sich in Europa niemand mehr von den USA bevormunden lassen". tri ■